

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Daffon u. Verballung: Drag II, Petráňova 15 • Telefon: 26793, 31469, Račbirebath. (ab 21 U.) • 33836 • Postkardinal: 37344

13. Jahrgang.

Donnerstag, 12. Oktober 1933

Nr. 239.

„Heimatfront“ in Prag und Graslitz

Hier loyal, dort gleichgeschaltet

Das „Graslitzer Volksblatt“ hat bisher fleißig für die Nazi-Propaganda gemacht. Seitdem diese aufgelöst ist, rührt es die Melancrommel für die „Heimatfront“. Und zwar mit den Methoden der gleichgeschalteten Presse, die in Hitlerdeutschland drüben üblich sind. Hier ein Beweis:

In seiner Ausgabe vom 7. Oktober bringt es eine offenbar aus Prag stammende Korrespondenz über tschechische Pressestimmen zur Aktion des Herrn Henlein unter dem Titel: „Die Heimatfront unter Trommelfeuer“. Darin wird nach der Wiedergabe des „Právo lidu“ auch ein Artikel des Genossen Jatsch zitiert, den dieser kürzlich in der Wochenschrift „Nová svoboda“ veröffentlicht hat. Dort war von der wichtigen Rolle die Rede, die der Deutsche Turnverband in der sudetendeutschen faschistischen Bewegung spielt. Das „Graslitzer Volksblatt“ bemerkt dazu: „Diesen Herrn Jatsch wird man sich merken müssen!“

Man braucht diese Drohung nicht tragisch zu nehmen. Sie ist aber bezeichnend für den Geist der Heimatfrontler. In Prag schwören sie Loyalität und in Graslitz Mache. Die Anhänger des Herrn Henlein rechnen offenbar ganz ernsthaft damit, daß sie die Hitlermethoden eines Tages auch in der Tschechoslowakei einführen können. Es wäre nun interessant zu wissen, ob der betreffende Bericht des „Graslitzer Volksblatt“ von der Pressestelle der Heimatfront stammt. Auch wenn dies prompt dementiert werden sollte, bleibt er immerhin ein interessantes Faktum, wie die Anhänger Henleins seine Redensarten von Staatsstreue und Verführung in die Tat umzusetzen gedenken.

Die Dokumente im Banktresor

Wichtiges Beweismaterial gegen Jung gelunden?

Prag, 11. Oktober. Wie tschechische Mittagsblätter melden, hat die Prager Polizei bei der Durchsuchung von Safes in der deutschen Agrarbank, die der nationalsozialistischen Parteileitung gehörte, wertvolles Beweismaterial gefunden, das augenblicklich Gegenstand eines gründlichen Studiums ist. Durch die Aufdeckung dieses Materials, das in einem kleinen Koffer untergebracht war, sei der in Bankrott in Haft befindliche Abgeordnete Jung in eine schwierige Situation geraten. Die Polizei habe schon lange gewisse Dokumente gesucht, die nun in diesem Safe gefunden wurden. Jung habe seinerzeit erklärt, von solchen Dokumenten nichts zu wissen, nun aber stelle sich heraus, daß er auf einzelnen dieser Dokumente unterschrieben sei, auf anderen wieder handschriftliche Bemerkungen gemacht habe. Jung wisse nun offenbar nicht, was er jetzt machen solle. Durch die aufgefundenen Dokumente sollen noch weitere Personen, die bisher nicht in Untersuchung standen, belastet sein.

Weitere Haussuchungen und Verhaftungen

Im Sekretariat der nationalsozialistischen Gewerkschaften in Aussia fand heute eine Haussuchung statt, die am Nachmittag noch nicht beendet war. Auch aus anderen Orten werden Haussuchungen gemeldet, die sich auch auf die aufscheinend in großem Maßstabe durchgeführte Verschleppung der Gelder der aufgelassenen Parteien beziehen; auch eine Reihe von Verhaftungen wird gemeldet.

So wurde in Trautenu der Nationalsozialist Arno Rabe festgenommen, bei dem ein ausgearbeiteter Organisationsplan gefunden wurde. In Franzensbad wurde ein gewisser Franz Ruzhner verhaftet, der dem Vorstand des Schutzverbandes der Gläubiger der Zentralbank angehört, in Mähr.-Schönberg wurden zwei Kaufleute namens Zedek und Schal, sowie der städtische Beamte Schmid verhaftet, die in Breslau sich an einer Parade der SA. beteiligt haben sollen. In Südmähren wurden über 150 Hausdurchsuchungen vorgenommen, in Aussia der Advokat Dr. Jarosch und der Kaufmann Becha verhaftet.

England ganz auf Seite Frankreichs

Gemeinsame Note der Mächte an Deutschland?

Paris, 11. Oktober. Sir John Simon, der englische Außenminister, welcher sich gestern abends auf der Fahrt nach Genf in Paris aufhielt, hatte eine längere Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord Tyrrell.

Wie das „Journal“ erklärt, betraute Simon den Botschafter damit, Paul Boncour heute folgende Entscheidung der britischen Regierung bekanntzugeben:

1. Großbritannien billigt vollumfänglich die Rede Baldwins in Birmingham, in welcher er bekanntlich ausdrücklich die Treue gegenüber dem Locarno-Abkommen bekräftigte;
2. Die britische Regierung billigt die Notwendigkeit einer Probezeit mit wirksamer Kontrolle;
3. Die britische Regierung stellt sich entschieden gegen jede Ausrüstung Deutschlands in welcher Form immer;
4. Die britische Regierung wird den MacDonald-Plan einer neuen Vereinbarung zwischen Frankreich, England und Amerika anpassen.

Frankreich kann warten...

Das Havas-Büro bemerkt zu den Ansichten über die Abrüstungskonferenz u. a.:

Botschafter Radolny versicherte gestern abends dem französischen Außenminister Paul Boncour, seine Regierung wünsche sehr, zu einem Erfolg der Abrüstungskonferenz beizutragen, ohne sich aber präzise auszusprechen, worin der veröhnende Geist der reichsdeutschen Regierung bestehe. Nehulich und in gleicher abstrakter Weise sprach sich Botschafter Radolny dem britischen und dem amerikanischen Vertreter gegenüber aus. Gestern abends war aber die Situation dieselbe wie am Vorabend des vorhergehenden Tages, an welchem Tage die deutsche Regierung die Verbalnote in London und in Rom überreichen ließ.

Wenn schon irgendein Fortschritt in den Ansichten der Berliner Regierung zu ver-

zeichnen ist, handelt es sich höchstens um einen psychologischen, der nur dem festen Standpunkt der Pariser Regierung und der Entscheidung des britischen Kabinetts, ein Aufrüsten Deutschlands entschieden zu verhindern, zuzuschreiben ist.

Das „Journal“ freut sich aufrichtig über diese Wendung, welche, wie es schreibt, der Sache des Friedens große Dienste erweisen könnte.

Mit dem Eintreffen Simons in Genf wird, wie die Genfer Korrespondenten erklären, die Redigierung einer gemeinsamen französisch-englisch-amerikanischen Note erwartet. In dieser Note soll Deutschland zu verstehen gegeben werden, daß es in der allgemeinen Völkerbundkommission diese Hauptgrundsätze der gemeinsamen Note der vier Großmächte annehmen soll. Erst dann würde man etwa Mitte November an die Erörterung der Einzelheiten schreiten.

Einer Information des Genfer Korrespondenten des „Leuvre“ zufolge soll bis Mitte Dezember der Text des allgemeinen Abrüstungsabkommens endgültig vereinbart werden, dessen Geltung bis zum Jahre 1941 dauern soll.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš hatte Gelegenheit, dem französischen Außenminister zu versichern, daß in den Abrüstungsfragen zwischen Frankreich und der Kleinen Entente absolute Einigkeit bestehe. Eine ähnliche Versicherung von polnischer Seite bringt die „Gazetta Polska“, die den amtlichen Kreisen sehr nahe steht.

Frankreich befindet sich also in ausgezeichnete Gesellschaft, so daß es warten kann, bis Deutschland in Genf von seinen Wandern endgültig ablassen wird.

Versammlung der Vaterländischen Front gesprengt

Wien, 11. Oktober. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Partei hat unter dem Eindruck der Forderungen zahlreicher Arbeiterdeputationen eine Reihe wichtiger Beschlüsse über den Abwehrkampf gegen die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen und das Kolportageverbot der „Arbeiter-Zeitung“, die streng vertraulich behandelt werden, gefaßt. Die Erregung, die Dienstag bei der Arbeiterschaft zu verzeichnen war, hat sich bis Mittwoch früh einigermaßen gelegt, so daß die Arbeit überall wieder aufgenommen wurde. Nachmittags stieg die Erregung wieder als bekannt wurde, daß die Vaterländische Front am Schwarzenbergplatz eine Kundgebung veranstalten wolle. Zu den zehntausend versammelten Angehörigen der Vaterländischen Front

gefaßt, die in dem Moment, da die Kapelle der Vaterländischen Front mit der Musik einsetzte, mit Pfeifern und dem Grusse „Freiheit“ reagierte. Als die Polizei einschritt, brachte die Masse Hochrufe auf die „Arbeiter-Zeitung“ aus. Die Kundgebung wurde trotz aller Bemühungen der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen, abgebrochen. Ebenso unterblieb der für den Schluß der Kundgebung vorbereitete Fackelzug. Die Straßen wurden abgesperrt, wie auch das Gebäude der „Arbeiter-Zeitung“, vor dem sich Ansammlungen von Arbeitern bildeten, abgeriegelt wurde. Den Zeitungen in Wien wurde untersagt, über die verunglückte Kundgebung und die Stimmung in Wien zu berichten.

40 Stundenwoche in Frankreich?

Die Regierung plant auch Festsetzung von Mindestlöhnen

Paris, 11. Oktober. Dem „Matin“ zufolge sollen die in dem gestrigen Kabinettsrat erörterten Finanz- und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfe der Regierung neben dem Finanzsanierungsplan eine Reihe von sozialen Reformen vorbereiten. Unter anderem sei vorgesehen, die Schaffung von Kollektivarbeitsverträgen, die Festsetzung von Mindestlöhnen und die Herabsetzung der Arbeitszeit. Diese solle obligatorisch vierzig Stunden in der Woche für alle Unternehmen betragen, die Aufräge vom Staat im Rahmen des Planes zur Förderung der nationalen Wirtschaft erhalten würden.

Beendigung der Völkerbundsversammlung

Genf, 11. Oktober. Das Havas-Büro betont in seinem Bericht über die Beendigung der Arbeiten der Völkerbundsversammlung heute mittag 12 Uhr 30, daß eine Resolution über den Schutz der Minderheiten angenommen worden ist, die die französische Delegation unterbreitete und die dann der französische Delegierte Berenger verteidigte. Wenn auch die Lösung dieser Frage eine notwendige war, weil sich ihr die deutsche Delegation entgegenstellte, so war dennoch der moralische Effekt dieses Vorgehens nicht geschwächt und Deutschland stand vollkommen isoliert gegenüber der einmütigen Opposition der Delegierten aller Staaten da, die in der Völkerbundsversammlung vertreten sind.

Machtfaktor Labour

Die beiden großen Kongresse der englischen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftskongress von Brighton im September und der Kongress der Labour Party, der in Hastings in diesen Tagen seinen Abschluß fand, haben den Umschwung signalisiert: die deprimierenden Folgen der Wahl Niederlage von 1931 sind bereits überwunden, ein neuer Aufstieg, der seinen deutlichen Ausdruck in den Stimmenszahlen der Nachwahlen findet, hat begonnen. Der englische Sozialismus beginnt wiederum den Kampf um die Macht, um die ganze Macht. England muß bei den nächsten Wahlen eine Arbeiterregierung erhalten, die zu anderen Ergebnissen führen und anders aussehen soll als die beiden Arbeiterregierungen, an deren Spitze der ungeliebte MacDonald gestanden hat.

Es ist bezeichnend für den Vorsprung, den die Arbeiterpartei gegenüber der kontinentalen Arbeiterbewegung aufweist, daß sie bereits jetzt sich mit den Fragen der sozialistischen Verwirklichung beschäftigt; und die Fragen der Reorganisation der gesellschaftlichen Ordnung praktisch und konkret auf ihre Tagesordnung stellt. Die Diskussion auf dem Kongress in Hastings ging um das sozialistische Aktionsprogramm der Partei, um die Prüfung der machtpolitischen Wege und Möglichkeiten für die erste Etappe der sozialistischen Verwirklichung. Die Initiative kam von der „Sozialistischen Liga“, jener Gruppe der Unabhängigen Arbeiterpartei, die der Arbeiterpartei treu geblieben ist. Die „Times“ schrieb während des Kongresses von Hastings, daß die „Sozialistische Liga“ Ambitionen auf die intellektuelle Führung der Arbeiterpartei erhebt, im Munde des konservativen Organs, das die Liga wegen ihres sozialistischen Aktivismus angreift, wohl ein Vorwurf. Auf dem Kongress war Sir Stafford Cripps der Wortführer der Liga. Die Liga verlangt einen sozialistischen Wirtschaftstypus für Industrie, Finanzen und Außenpolitik. Dieses Programm ist an sich gewiß nicht neu, neu sind indessen die politischen Forderungen, die an sie geknüpft wurden. Cripps verlangte eine solche Verfassungsreform, die eine reibungslose Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsreformen ermöglichen muß. Die verfassungspolitischen Forderungen der Liga stellen neben der Abschaffung des Oberhauses die Einführung der Sondervollmachten, die das Parlament der künftigen Arbeiterregierung für die Durchführung ihres Wirtschaftsprogramms geben muß. Der Gesetzgebungsapparat und die Staatsmaschine müssen arbeits- und funktionsfähig für die Realisierung der sozialistischen Ziele gemacht werden. Diese Forderungen bedeuten weder die Abschaffung der demokratischen Verfassung, noch die Vernichtung des demokratischen Staatslebens. Sie sind realistisch: Verfassungsfragen sind Machtfragen. Auch nicht ein Teil der sozialistischen Verwirklichung wird möglich, wenn er machtpolitisch nicht fundiert wird, wenn der Staatsapparat an diese Aufgabe nicht angepaßt wird.

Die Hastingser Diskussion hat die Frage nach den Grenzen der Neutralität der jetzigen Verfassungsfaktoren und den Widerstand der bestehenden Klassen aufgerollt. Einer der bedeutendsten Publizisten der Arbeiterpartei und der größte Vertreter der englischen Staatswissenschaft, Harold Laski, warnte bereits vor einem Jahr die Arbeiterpartei davor, sich irgendeinem Optimismus über die Haltung der heute noch neutral bleibenden Verfassungs- und Machtfaktoren im Falle eines entscheidenden Vorkisses der Arbeiterpartei an der Macht hinzugeben. Laski hielt es für ausgeschlossen, daß die Krone und die Armee die Sozialisierungsmaßnahmen einer künftigen Arbeiterregierung dulden werden. Auf dem Kongress in Hastings leugnete Lee Smith die Möglichkeit ab, daß die Krone durch die freiwillige Ernennung der sozialistischen Lords die konser-

Mißhandlung eines polnischen Konsulatsbeamten

Warschau, 11. Oktober. In Breslau wurde heute der Beamte des dortigen polnischen Konsulats Matuzyszak, der sich in Begleitung seiner Frau befand, von einer vorbeimarschierenden nationalsozialistischen Sturmabteilung überfallen und mißhandelt, weil er die Hakenkreuzfahne nicht begrüßt hatte.

vative Mehrheit des Oberhauses, die sich den sozialistischen Maßnahmen der Arbeiterregierung widersetzen wird, brechen werde. England ist jene europäische Großmacht, deren Demokratie über die älteste Tradition verfügt, die größte Stabilität aufweist und die unverbräuchtesten Reserven hat. Die große Mehrheit der Arbeiterpartei ist außerordentlich vorsichtig, wo es darum geht, in der Zeit der Bedrohung oder der Vernichtung der Demokratie in den meisten Ländern Europas, selbst die konservativen Einrichtungen des englischen Verfassungslebens irgendwie anzutasten, und so konnten sich die Gedanken der Sondermächte für die Arbeiterregierung auf dem Kongress in Hastings nicht durchsetzen.

Aber die Frage ist gestellt: wie denkt sich der englische Sozialismus den machtpolitischen und verfassungspolitischen Weg, wenn er die Mehrheit im Parlament erhalten wird? Die entscheidenden und kritischen Stunden für die englische Demokratie werden kommen, wenn sie das Proletariat zur Macht erheben wird. Die Möglichkeit einer faschistischen Gefahr entsteht heute für England mehr aus dem Widerstand der besitzenden Klassen gegen die Demokratie, wenn sie den Sozialismus auf die Tagesordnung setzen wird, als aus der Zerstückelung der Mittelklassen.

Indessen bleibt die englische Arbeiterbewegung außerordentlich hellhörig gegenüber allem, was die faschistische Gefahr nur andeuten kann. Sie wird diese Gefahr nie unterschätzen. In Hastings erklärte der jetzige Parteivorsitzende Compton, daß die Gefahr der Diktatur in England in den letzten zwei Jahren zugenommen hat. Der Kongress in Hastings hat beschlossen, einen Ausschuß aus den Vertretern der Arbeiterpartei, der Gewerkschaften und der Genossenschaften zu bilden, der speziell die Frage nach der Diktaturgefahr und ihrer Abwendung prüfen soll. Auf dem Brightoner Gewerkschaftskongress stand die Frage des Faschismus und der Diktatur noch mehr im Vordergrund als in Hastings. Der Vorsitzende des Kongresses Walden hat die faschistische Gefahr auch für England betont und die Methoden der faschistischen Politik und Propaganda genau definiert: die Militarisierung der Politik, der Kampf um die Jugend, die Hetze gegen den Parlamentarismus.

Wie stabil heute noch die englische Demokratie auch sein mag, die Zeiten ihrer insularen Sicherheit sind vorbei. In Brighton und in Hastings ist eine „kontinentale“ Sprache geführt worden: der Faschismus muß geschlagen werden noch bevor er zur Macht kommt!

Die Komödie wird zum Trauerspiel

Van der Lubbe vollständig verblödet? Der unbequeme Dimitrow

Die Mittwochsverhandlung läßt das schändliche Machtwort zur Rettung Goerings, das da in Szene gesetzt wurde noch offenkundiger werden. Van der Lubbe kann niemand mehr belästigen, er ist offenbar ganz verblödet.

Als die Angeklagten in den Saal geführt werden, fällt das veränderte Aussehen des Angeklagten van der Lubbe auf, der im Gegensatz zu sonst sauber frisiert worden ist.

Dimitrow neuerdings abgeführt!

Der Angeklagte Dimitrow steht auf und will eine Frage im Zusammenhang mit dem Termin des Volontariats vor dem Reichstag stellen. Der Vorsitzende lehnt das ab. Dimitrow will trotzdem seine Bemerkungen fortsetzen. Der Vorsitzende entzieht ihm das Wort. Dimitrow erklärt: Recht sind wir nicht mehr Angeklagter, sondern auch Verteidiger für Dimitrow. Der Senat erhebt sich bei diesen Worten von den Plätzen und zieht sich zur Beschlußfassung über das Verhalten Dimitrows zurück. Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluß des Senates:

„Der Angeklagte Dimitrow wird wegen wiederholten Ungehorsams gegen die Anordnungen des Vorsitzenden, insbesondere gegen die Anordnungen, durch die ihm das Wort entzogen ist, bis auf weiteres aus dem Sitzungssaal entfernt. Er ist ins Gefängnis abzuführen.“

Dimitrow protestiert in erregten Worten dagegen und überreicht seinem Verteidiger Dr. Teichert ein Schriftstück mit dem Bemerkten: Diese Frage möchte ich stellen. Tun Sie es, bitte, für mich! Rechtsanwalt Dr. Teichert ruft dem Angeklagten zu: Hören Sie mir das lieber früher gesagt! Der Angeklagte wird dann abgeführt.

Das Gericht setzt die Zeugenvernehmung über die Vorgänge am Abend des Reichstagsbrandes fort.

Polizeileutnant Lattek, Führer der Brandenburger Tormache, sagt aus: Gegen 9 1/2 Uhr betrat ein junger Mann die Wache und teilte mit, daß im Reichstag ein Brand ausgebrochen sei. Wir fuhren schnell zum Reichstag. Vor der Treppe bemerkte ich oben einen hellen Feuerchein, der zweiseitig bis drei Meter hoch war. Ich ging hinauf. Der Wachmeister Bunnert erklärte mir Meldung. Ich unterwies ihn sofort und fragte, ob Feuerentdeckung erstattet sei. Als er das bejahte, sagte ich, es müsse sofort Großalarm gemeldet werden. Als sie an die große Wandelhalle kamen, lag in der Mitte des Einganges ein brennendes Stiften. Rechts hing ein dicker Wischvorhang, der von rechts nach links oben brannte. Nach auf der linken Seite gegenüber war ein solcher Vorhang, der höher brannte. Als er in den Plenarsaal hineinkam, sei der Fußboden noch dunkel gewesen, aber der Saal sei beleuchtet worden wie durch eine sammende Orgel, die sich über dem Präsidentensitz erhob. In der Mitte brannte eine hohe Flamme in verhältnismäßig ruhigem Licht, rechts und links daneben züngelten kleinere einzelstehende Flammen empor, die wie leuchtende Orgelpfeifen wirkten. Alle diese Flammen vereinigten sich auf dem Präsidentensitz zu einem zusammenhängenden Brandherd. Als ich das sah, war ich sofort im Bilde: Brandstiftung, Pistolen raus!

In der Wandelhalle fand er eine Sport-

mütze, einen Selbsthänder und ein Stück Seife.

Van der Lubbe ein hilfloses Wrack

Dem Angeklagten van der Lubbe, der während dieser Vernehmung apathisch in seiner gewohnten gebückten Haltung auf der Bank sitzt, wird von seinem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Zeiffert schon zum zweiten oder dritten Male die Nase gepußt. Der Angeklagte läßt sich diesen Dienst von anderen erweisen. Wenn ihm von den Anwälten das Taschentuch hingereicht wird, reagiert er nicht darauf.

Der Zeuge Polizeileutnant Lattek fährt fort: Ich erfuhr erst später, daß diese Gegenstände van der Lubbe gehörten. Im Reichstagsgebäude selbst traf ich mit anderen Polizisten zusammen, und man erzählte mir, daß man soeben an der Brandstelle van der Lubbe festgenommen habe. Er sei nur mit einer Hose bekleidet gewesen und sitze jetzt in der Brandenburger Tormache. Ich begab mich dorthin und fragte Lubbe sofort, ob die von mir gefundenen Gegenstände ihm gehörten. Er bejahte. Ich fragte ihn dann, ob er den Reichstag angezündet habe. Darauf sagte er Ja. Dann fragte ich, ob es Stimme, daß er auch das Schloß und den Dom in Brand stecken wollte. Darauf sagte er auch: Ja!

Vorsitzender: Von dem Plan, den Dom in Brand zu stecken, haben wir hier nichts gehört.

Zeuge: Auf der Wache ist mir davon erzählt worden. Ich fragte den Angeklagten dann, warum er den Reichstag in Brand gesetzt habe. Darauf schweig er und lachte. Ich hatte den Eindruck, daß ich es mit einem Irrenwagnis zu tun hatte.

Oberreichsanwalt: Ist dem Zeugen bekannt, daß behauptet worden ist, im Reichstagsgebäude sei zentnerweise Brandmaterial gefunden worden?

Zeuge: Wir haben alles genau durchsucht, auch die kleinsten Räume und sogar Schränke öffnen lassen. Wir haben nirgends etwas gefunden.

Der Professor der Technischen Hochschule Geheimrat Rasse, der hierauf als Sachverständiger vereidigt wird, fragt den Zeugen, wann er zuerst die Flammen in der Reichstagskuppel gesehen habe. Lattek erwidert: Als er um 21 Uhr 25 in den Reichstag zurück ging, habe er die Flammen in der Kuppel noch nicht gesehen. Das sei ihm erst später gesagt worden. Er habe sich darüber sehr gewundert, denn er habe doch den Plenarsaal kurz vorher in fast unverändertem Zustande gesehen.

Die Frage des Branddirektors Dr. Wagner, ob er den Eindruck hatte, daß der Plenarsaal des Reichstages durch die Feuerwehr sehr leicht zu retten gewesen wäre, bejaht Zeuge.

Branddirektor Wagner: Haben Sie den Eindruck, wenn jemand zum ersten Male im Reichstag gewesen ist, und wenn er noch dazu in dem verdunkelten Raum auf nicht normalen Wege eingestiegen ist, daß er dann in diesen Räumen ohne weiteres am nächsten Tage mit Geschwindigkeit den Weg wieder zurücklegen kann?

Zeuge Lattek: Nein! Nach Wiedereröffnung stellt der Oberreichsanwalt die Frage an den Zeugen Lattek, ob damals bei den Abperrungen auch SA, SS, oder sonstige Formationen herangezogen worden sind, ob sie schon vorher da waren oder wann sie später herangezogen wurden. Der Zeuge erwidert, daß er kurz vor

11 Uhr im Abperrdienst abgelöst worden sei; bis zu diesem Zeitpunkt seien weder SA, noch SS, da gewesen. Oberreichsanwalt: Es ist nämlich behauptet worden, daß gleich von Anfang an aus der Kuppel geschossen, sozusagen SA und SS, da gewesen sei, also schon gewissermaßen in Vorbereitung lag, um die Brandstelle abzusperren. Der Zeuge verneint erneut und erklärt, daß seine Wache stark genug gewesen sei, er habe keine Verstärkung gebraucht.

Der Vorsitzende wendet sich nun an den Angeklagten van der Lubbe. Van der Lubbe steht auf, bleibt aber in seiner gebeugten Haltung. Ein Verteidiger ruft ihm die Nase. Vorsitzender: Sie haben die Aussagen des Zeugen Lattek gehört. Haben Sie dazu etwas zu erklären?

Van der Lubbe nach längerem Zögern: Nein! Vorsitzender: War die Aussage so richtig? Van der Lubbe? Das kann ich nicht sagen.

Der Vorsitzende teilt dann mit, daß am Donnerstag 8 Uhr abends, ein Lokalstermin vor dem Reichstagsgebäude stattfinden soll, um festzustellen, ob eine oder zwei Personen in den Reichstag eingedrungen sind, ob Schatten zu sehen waren usw.

Der Oberreichsanwalt fragt den Zeugen Bunnert, ob er den Befehl Latteks, Großalarm zu melden, weitergegeben hat. Der Zeuge Bunnert verneint. Die Ausführung des Befehles sei nicht möglich gewesen, weil er allein an der Stelle Wache hatte. Branddirektor Wagner stellt fest, daß der erste Alarm um 21 Uhr 14, der zweite um 21 Uhr 15 kam, um 21 Uhr 31 wurde die 10. Alarmstufe durchgegeben und um 21 Uhr 42 der 15. Alarm angeordnet. Der Befehl, Großalarm zu geben, sei wahrscheinlich von den Polizeibeamten nur dahin verstanden worden, daß er mehr alarmieren soll.

Als nächster Zeuge wird Dr. Lepsius vernommen. Der Zeuge hat van der Lubbe am Tage nach dem Brande bei Abschreiten des Brandweges an jeder Brandstelle gefragt, wie er das Feuer angelegt hat. Van der Lubbe habe ausserordentlich bereitwillig geantwortet. In einigen Fällen sei ihm zunächst die Angabe van der Lubbes mit den technischen Möglichkeiten nicht ganz übereinstimmend erschienen. Van der Lubbe sei aber bei seinen Angaben geblieben. Der Zeuge hat den Angeklagten auch nach seinen Gründen gefragt, worauf der Angeklagte erwiderte, daß die ganze Gesellschaft vernichtet werden müsse. Als der Zeuge mit dem Angeklagten in den Plenarsaal kam, hatte er den Eindruck, daß van der Lubbe mit einer gewissen Befriedigung schmunzelnd um sich sah.

Von den weiteren Zeugenaussagen im Reichstagsbrandprozeß war vor allem von Interesse die Mitteilung des Polizeileutnants Lattek über den Unbekannten, der während des Brandes aus dem Reichstagsgebäude getreten und in Richtung Tiergarten verschwunden war. Ueber diese Sache wird noch Ing. Bogun vernommen werden, der der Polizei eine entsprechende Mitteilung zugehen ließ. Bereits aus der heutigen Aussage des Polizeibeamten Lattek ist jedoch ersichtlich, daß der unbekannte Mann mit keinem der fünf Angeklagten identisch sein kann.

Ein anderes Detail, das Aufmerksamkeit erregte, bildete die unklare Antwort Dr. Lepsius auf die ständigen Fragen des Vorsitzenden, wer den Zeugen mit der sachmännlichen Überprüfung des Reichstages nach dem Brande beauftragt hat. Ueber Drängen des Vorsitzenden deutete sodann Dr. Lepsius an, daß er vom Luftfahrtministerium oder vom preussischen Innenministerium entsandt worden sei.

Die Brandstiftung des Reichstages ist nun zeitlich überaus genau festgelegt. Aus den bisherigen Aussagen geht hervor, daß van der Lubbe bloß etwa 15 Minuten zur Verfügung hatte, um den Brand an etwa 30 verschiedenen Stellen des Gebäudes zu legen, die des öfteren voneinander sehr weit entfernt liegen. Wie eine ähnliche Leistung für einen einzigen Menschen bestmöglich ist, muß erst die weitere Verhandlung zeigen.

Lilith und der Komet

Ein abenteuerliches, modernes Märchen von Kurt Doberer

Da es unzweifelhaft ein Privatbüro war, klopfte Did erst an, ebe er eintrat.

Hinter einem großen Schreibtisch sah ein kleiner dicker Mann mit Glatze, Anzeiger, Bauch und kühner Nase. Er war eben dabei, einen Spirituslöcher zu regulieren.

In einem der Morsetische hatte ein blaffer junger Mann und hämmerte eine Nachricht mit dem Taster. Zwei ebenw blaße Mädels in einfachen Kleidchen und schwarzen Vorden sahen vor Telephonbrettern und vermittelten umständlich spärliche Gespräche.

Did war über diese emsige Tätigkeit so verwundert, daß er zuerst nur „Guten Tag“ wünschen konnte.

Der kleine Mann erhob sich geschäftig aus seinem Sessel, wollte hinter dem großen Tisch hervor und warf dabei einen Berg Konservenbüchsen ein. Aergerlich wandte er sich dem einen Madel zu: „Lag doch die Leute einen Augenblick waren. Sollen. Wir können uns nicht zerreihen Räume die Büchsen weg und sich nach, ob der Sped und die Erbsen fertig sind.“

Dann wendete sich der kleine Mann freundlich lächelnd an Did.

„Mayer, mit Ppsilon.“ stellte er sich vor. „Es ist ein bißchen provisorisch hier in meiner Familien-A.-G.“, fügte er mit erklärender Geste hinzu.

„Douglas“, sagte Did nur, verbeugte sich leicht und hatte der kommenden Dinge. Seit dem Wort: „Douglas“ war der kleine Mayer sichtlich ergriffen.

„Ah! — Sehr verbunden, Herr Douglas. Freut mich, Sie kennen zu lernen. Habe die Ehre. Und womit könnte ich dienen?“

„Sie haben doch das Nachrichtenbüro —“, meinte Did, etwas ungerührt durch den Ehrentitel.

„Ja, ganz richtig — das habe ich eigentlich“, bestätigte Herr Mayer. „Obwohl ich nicht weiß, was die Miete kosten wird. Trotzdem ist es gratis aus Menschenliebe und Geschäftsklame.“ Hier machte Mayer einen kurzen Paps, dann war er aufgezoogen. Er war früher sicher Geschäftsreisender, oder billiger Jakob gewesen.

„Aber“, meinte er, „wissen Sie, eigentlich sind wir ja eine Abfall- und Almetallverwertungsgesellschaft. Aber zurzeit geht das Geschäft noch nicht. Es ist eine Spekulationsgründung.“

Eine Spekulationsgründung mit Spirituslöcher, Stearinleze und „freier Wohnung“, dachte Did.

Es ist eine Spekulationsgründung. Aber eine tödlichere Sache. Sie bekämen Ihr Geld in den nächsten Wochen mit tausend Prozent. — „Also“, wendete Did ein.

„Sie wünschen also?“ meinte Mayer.

„Kann ich an den Apparat?“ wurde Did jetzt maßvoller.

„Aber bitte schön!“ meinte Mayer. „Sie können selber. Obwohl wir zuverlässig arbeiten und nur keine Kundschafft haben — der chinesische Doktor drüben —“

„Chinesischer Doktor“, hatte Did aufgehört. Aber er wollte Mayer nicht zu weiteren Reden reizen. Deshalb sagte er nur: „Stellen Sie doch bitte den Aufenthalt von Lilith Marion-Matafani fest.“

„Ist schon festgestellt“, stütete der kleine Mayer sanft. „Der Herr von drunten hat sich erkundigt —“

Es war für Did allmählich nicht mehr zum Aushalten. Mayer hatte wirklich seine „Verbindungen“.

„Wie hieß der Herr?“ fuhr er den kleinen Mayer ein bißchen unermittelt an.

„Oh, bitte schön“, meinte dieser. „Ich kann doch nichts dafür. Und wie der Herr heißt, weiß ich noch nicht. Es war ein diskreter Fall, sozusagen —“

„Wo ist Lilith Marion“, unterbrach Did den Mayer sehr froh.

„Frau Matafani ist in den Betonkammern des Sundisats. Die Zimmernummer war leider nicht festzustellen. Es tut mir leid.“ Mayer konnte nun seinem Gesicht wirklich einen leidenden Ausdruck geben.

Did war beruhigt. Sie war also verhältnismäßig sicher. Obwohl er die Kammern am New Ararat für besser hielt.

„Meinen besten Dank“, versicherte er dem kleinen rührigen Mayer. „Wenn Sie bei der Almetallverwertung an mich denken würden, in drei Wochen —“

„Ich werde hoffentlich noch denken“, versprach Did. Dann begab er sich eilenden Fußes zu dem Herrn „da drunten“.

Das heißt — nein, an der Treppe konnte seine Eiskertigkeit er schon wieder etwas zügeln.

„Ich werde mir besser erst den chinesischen Doktor ansehen“, verschrieb sich Did ein Veruhigungspulver.

Er ging den leicht gekrümmten Gang vor, bis zur Ecke des nächsten Quadranten.

Did hatte richtig vermutet. Die Tür des Zimmers, aus dem der Rabau drang, stand offen. Selbst noch im Schatten liegend, konnte er bereits den Raum überblicken. Drinnen ging ein Mann zwischen zwei Schreibmaschinen auf und ab. An der einen sah eine junge Chinesin und an der anderen ein älterer Mann mit slawischen Gesichtszügen.

Beide hämmerten mit affenartiger Geschwindigkeit auf den Tasten herum.

Auf einem Tisch lagen Stöße von Akten, Zetteln und Formularen.

Der Mann hatte beim Diktieren eifrig in einem Alte geblickert, den er in der Hand hielt. Nun machte er eine Pause, um auf dem Tisch nach neuem Material zu suchen.

Jetzt trat Did ein. Der andere drehte sich um. Es war Dr. Ming.

Herzlich begrüßten sich beide. Did war aber doch etwas erstaunt, den betrieblichen Agitator hier in diesem Zimmer, fern von den Ereignissen, zu finden.

Ming erzählte das auch sofort. „Du bist sicher erstaunt“, sagte er, „mich weit vom Schuß zu finden. Aber es ist alles wredlos jetzt. Die Massen sind wahnsinnig. Wir müssen einfach warten, bis sie wieder nüchtern sind. Nach dem Chaos, nach dem Kometeneinsturz werden wir schon zugreifen — wenn wir noch können.“ Dabei lächelte Ming sanft und fatalistisch.

„Und nun?“ fragte Did. „Was machst du hier?“

„Ich mache für alle Fälle Vorarbeiten.“ meinte Ming. „Wir schreiben ein Protokoll über die Korruptionsaffären der letzten Regierungen. Ich habe einfach herrliches Material. Auf dem Tisch dort, das sind lauter Originalakten. Es ist ein sabelhaftes Arbeiten hier, ohne Geheimkopie und Photo. Wir sind beinahe legal.“

Eben trat ein wenig Vertrauen erweckendes Individuum in das Zimmer. Das hatte eine Schweiferbrille auf die Stirn geschoben. An seinen großen Händen hatte er Gummihandschuhe. Unter der Mütze troch ihm ein Bündel widerpenstiger roter Haare hervor.

Hinter ihm kamen zwei Mann schwer mit Akten bedakt.

„Das wäre also Tresor sechs“, meinte der Rothhaarige zu Ming. Dann gab er den beiden Trägern einen Wink, ihre Paden abzustellen. Dann verschwand die Drei wieder, ohne weiter ein Wort zu verlieren.

(Fortsetzung folgt.)

Die Krise der Selbstverwaltung

Budgetberatung in der böhmischen Landesvertretung

Prag, 11. Oktober. Die Landesvertretung begann heute mit der Generaldebatte über den Landesvoranschlag für das kommende Jahr. Als erster Redner sprach

Genosse Dr. Emil Straub:

Die Finanzpolitik der öffentlichen Körperschaften ist heute bestimmt durch die Abhängigkeit der künftigen Wirtschaftsentwicklung. Da es heute wenig Hoffnung auf eine baldige gute Konjunktur gibt, können wir auch nicht mit einer automatischen Besserung der Lage der öffentlichen Finanzen rechnen.

Bei der erforderlichen Sanierung der Selbstverwaltungsfinanzen müssen wir daher auf alle Illusionen verzichten.

Die Grundlage der Selbstverwaltung ist die Gemeindegeld. Die Krise, in der sich die Finanzen unserer Gemeinden befinden, hat zwei Ursachen: 1. Die allgemeine Wirtschaftskrise, welche zu einem Sinken der Erträge der Zuschläge geführt hat und 2. die Finanzengpässe von 1927, welche die Gemeinden um reiche Zuschlagserträge in der Zeit einer günstigen Konjunktur gebracht haben. Die Gemeinden können nur noch die auf einem gesellischen oder Vertragstitel beruhenden Ausgaben leisten, ja nicht einmal das mehr: Sie bleiben Zinsen und Tilgungszinsen ihrer Anleihen schuldig.

In den Rentämtern häufen sich die unbezahlten Rechnungen, Beamte und Angestellte erhalten ihre Gehälter in Raten, die Gläubiger unserer Gemeinden drohen mit Exekution.

Redner führt eine Reihe von Beispielen deutscher Gemeinden an, die sich in einer trostlosen finanziellen Lage befinden. Das ist um so furchtbarer, als die sozialen Aufgaben der Gemeinden gerade infolge der Krise gestiegen sind und die Arbeitslosen an die Tore der Gemeindegeldhäuser pochen, um Brot zu bekommen.

Noch schlechter geht es den Bezirken, die vollkommen anherabgefallen sind, die Abgänge ihrer Voranschläge irgendwie zu decken.

Ebenso steht das Landesbudget im Zeichen ständiger Steuererhöhungen und wir wissen heute nicht, ob wir Luftatme sein werden, die veranschlagten Einnahmen im Budget für 1934 zu erreichen. Wenn nicht infolge der Arbeitslosigkeit größere Summen rückständiger Steuern eintreiben werden, dann wird dies nicht gelingen. Die Aussichten für die Landesfinanzen sind nicht günstig, zumal die sozialen Ausgaben durch häufigere Frequenz der Kranken- und Zirkelhäuser sowie der Landeserziehungsanstalten notwendigweise wachsen müssen. Dabei steigt der Schuldenstand des Landes und der Bezirke, der zum Teil gleichfalls vom Lande aufgebracht werden muß. Wir stehen mitten in einem Abbau der Selbstverwaltung.

Das Abbau der Sozialfürsorge, einen Inkulturreich und sozialen Rückschritt bedeutet. Die soziale Krise unserer Zeit kommt in diesem Abbau der Kultur zum Ausdruck.

In einigen unserer Nachbarländer versucht man diese Krise mit der Gewalt einer Diktatur zu bekämpfen. Aber die Diktaturen in Europa bedeuten nicht die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer Zeit. Sie sind nur ein hinausschieben der Krise mit dem Mittel der politischen Anrechtung und wirtschaftlichen Verdrängung gewisser Bevölkerungsklassen. Die tschechoslowakische Republik braucht die Demokratie aus Gründen ihrer Existenz und das deutsche Volk in diesem Staat kann ein eigenes politisches und kulturelles Leben nur führen unter dem Schutze einer demokratischen Staatsverfassung.

Allerdings darf sich die Demokratie nicht mit demokratischen Methoden umbringen lassen und deswegen werden wir die Demokratie mit allen zweckdienlichen Mitteln verteidigen. Wir wollen die Welt nicht in Krieg und Barbarei untergehen lassen, sondern eine neue Welt des Friedens, der Freiheit und schöpferischer Gemeinwirtschaft aufbauen!

In der Debatte sprachen weiter Doktor Rathausky, (tsch. Agrar.), Kupr (Agrarier), Růžička (tsch. Gew.), Dr. Mandl (Nationaldemokrat) und Ing. Kármán (Agrarier), worauf die Sitzung auf morgen vertagt wurde.

Mährisch-schlesische Landesvertretung

Abkündigung der Generaldebatte über den Landesvoranschlag.

Brünn, 11. Oktober. Die mährisch-schlesische Landesvertretung beendete heute die Generaldebatte über den mährisch-schlesischen Landesvoranschlag für das Jahr 1934 und wird morgen mit der Spezialdebatte beginnen. Als erster Redner des heutigen Tages kam für unsere Partei Genosse Schuster zu Wort, der den Voranschlag in seiner Gänze einer Kritik unterzog.

Genosse Schuster

Der Voranschlag des Landes der uns zur Beratung vorliegt unterwirft sich von allen früheren dadurch daß er vor der Drucklegung der Finanzkommission des Landes vorgelegt wurde. In der Sache hat sich allerdings auch diesmal nichts geändert, denn auch der Finanzkommission ist ja nichts anderes übrig geblieben, als zu dem Voranschlag, wie er vom Landesauschuss hier vorgelegt wurde, Da und Amen zu sagen und so liegt uns ein Voranschlag vor, der in keiner Art ein Minimum darstellt. Es ist nämlich derselbe Voranschlag, der

Die fascistische Gefahr und die sozialistische Aufgabe

In der tschechisch-sozialdemokratischen Zeitschrift „Nová Svoboda“ behandelte Genosse J. J. die politische Umwälzung in der indonesischen Bevölkerung und kennzeichnete die halbkolonialistischen Täuschungsmanöver, die zuerst unter dem Deckmantel der „Volksfront“ und nunmehr mit der neuen Firma „Heimatfront“ unternommen werden. Wir veröffentlichen hiermit den zweiten Teil des Aufsatzes, welcher sowohl vom nationalpolitischen als auch vom sozialistischen Standpunkte aus die Folgerungen aus der neuen Konstellation zieht und der auch in der tschechischen Lektüre freudliche Aufmerksamkeit gefunden hat.

Der wirtschaftlich-soziale Hintergrund

Die Initiatoren der „Volksfront“ (lies nunmehr: „Heimatfront“, Die Red.) spekulieren auf die Unzufriedenheit der deutschen Minderheit dieses Staates, die in irgendeiner Form zum Ausdruck kommen will. Es ist wahr und die tschechische Öffentlichkeit soll sich darüber nicht hinwegtäuschen, daß in der deutschen Bevölkerung große Unzufriedenheit herrscht. Das hat vorwiegend wirtschaftliche Ursachen. Man betrachte objektiv die weit über den Durchschnitt liegenden Arbeitslosenziffern in den überindustrialisierten Grenzgebieten, man halte sich vor Augen, wie hoch dort die Bevölkerungsdichte und wie schmal die landwirtschaftliche Existenzgrundlage ist. Ich will aus der Not der Krisenperiode kein nationales Legitimationsobjekt machen. Es gibt gewiß auch sehr arme Gegenden im tschechischen Sprachgebiet und noch schlimmeres Elend in der Slowakei und in Karpatenrußland. In diesem Zusammenhange will ich nur eine politische Tatsache hervorheben. Die deutsche industrielle und gewerbliche Bevölkerung empfindet die Verelendungswirkungen der Krise sehr intensiv, weil sie vorher in den Jahren der Konjunktur einen durchschnittlich guten Lebensstandard hatte.

Ein sehr unliebsames Nebenbleibsel dieser guten Jahre ist nun, daß die Lebensverhältnisse auch in der Krise teurer geblieben sind (höhere Grundrente und Zwischenhandelsspanne) und daß vor allem Selbstverwaltungskörper und Private mit hohen Schuldverpflichtungen belastet sind. Der finanzielle Zusammenbruch einzelner größerer Gemeinden, wie Weipert, Joachimstal, Tschau (Brüx) und Dux sind nicht weit davon entfernt, offenbar neben mancher unerfreulichen Mißwirtschaft auch die Tatsache, daß vielfach innerböhmische Sparflüssen zu Schaden kommen. Die kapitalistische Entwicklung hat nach dem Kriege in den rein tschechischen Landesteilen gewaltig aufgeholt, die Kapitalbildung ist dort rascher fortgeschritten und aus den ehemals deutschen Gläubigern sind vielfach Schuldner des tschechischen Sparers geworden. Vom Standpunkte der nationalen Verständigung ist die Angleichung des wirtschaftlichen Niveaus der einzelnen Landesvölker nur zu begrüßen, weil dadurch die alte Streitfrage verschwindet, welches Volk das andere ausbeutet. Nun spielen in der politischen Meinungsbildung nicht Erkenntnis, sondern S t i m m u n g e n die maßgebende Rolle. Und die Stimmung eines überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung, gegen die die beiden deutschen Regierungsparteien schwer anzukämpfen haben, ist so, daß in erster Linie die organisatorische Struktur und die handelspolitische Orientierung des tschechoslowakischen Nationalstaates für das Krisenelend verantwortlich gemacht wird.

Man fühlt sich benachteiligt im öffentlichen Dienst, im öffentlichen Versorgungswesen, durch die ganze handelspolitische Orientierung. Alle Hinweise auf die weltwirtschaftlichen, auf die strukturellen Krisenursachen bringen gerade in den indifferenteren Schichten nicht durch. Hinter diesen Stimmungen steht eine reale Tatsache: die Entwicklung der Tschechoslowakei zur landwirtschaftlichen Autarkie stellt die hauptsächlichste Ursache für die Krise dar. Die Krise unserer Randbevölkerung dauernd in Frage. Bei der Standortverteilung unserer Exportindustrien wird die Frage: Autarkie oder Austauschwirtschaft? tatsächlich auch zur nationalen Frage.

uns im Vorjahre zur Beratung vorgelegt ist, nur mit nachaholenden Kürzungen. Bisher wurden alle Erfordernisse, zu denen das Land nicht aus einem gesetzlichen oder anderen Rechtstitel verpflichtet ist, um 10 Prozent gekürzt und dann wurde uns noch ein Verzeichnis jener Posten vorgelegt, die sich eine größere als 10prozentige Kürzung gefallen lassen mußten. Mit Berücksichtigung müssen wir konstatieren, daß in diesem Verzeichnis die Soziale Fürsorge nicht enthalten ist. Allerdings hätte es uns gefreut, wenn die Soziale Fürsorge auch von der 10prozentigen Kürzung ausgenommen worden wäre und wenn sie in jenem Teil des Verzeichnisses Platz gefunden hätte, wo die Posten angeführt sind, die eine Erhöhung erfahren haben. Wenn es ein Kapitel in diesem Voranschlag gibt, das in dieser Krisenzeit eine Erhöhung verdient hätte, so ist es die Soziale Fürsorge. Wir haben daher in der Finanzkommission den Antrag gestellt, daß von den Kürzungen, die im Laufe des Jahres gemacht werden, vor allem der Posten Subventionen im Kapitel Soziale Fürsorge bedacht wird.

Der Voranschlag als Ganzes betrachtet, zeigt noch immer an einer hypertrophie der Landwirtschaft und wir glauben, daß man davon gehen muß, die Erfordernisse der Landwirtschaft in diesem Lande in Einklang zu bringen mit dem gesamten Budget. Es geht doch auf die Dauer nicht an, daß einem Erfordernis von 42,7 Mil-

Was soll geschehen?

Die Qualifikation jedes Staatsvolkes besteht darin, daß es die Fähigkeit aufbringt, in die Psychologie seiner Minderheiten einzudringen und sie durch Sicherung ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen an den Staat zu binden. Darin liegt nach meiner Überzeugung auch der Schlüssel zum nationalen Problem in der Tschechoslowakei. Die Demokratie muß sich gewiß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen ihre erklärten Feinde wehren. Aber mit Polizeimaßnahmen allein ist es in unserem Falle nicht getan. Will man im Staatsinteresse die irredentistischen Strömungen zurückdrängen und die staatsstreuen Elemente stärken,

dann muß vor allem auch der deutschen krisenbetroffenen Bevölkerung die Hoffnung gegeben werden, daß sie im Rahmen dieses Staatswesens wieder eine Existenz finden kann.

Ich will nicht mißverstanden werden und in den Verdacht kommen, daß ich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit auf das nationale Geleise schieben will. Es geht aber um die psychologischen Voraussetzungen der notwendigen Maßnahmen. Ich bestreite ganz entschieden, daß der überwiegende Teil unserer staatlichen Bürokratie fähig ist, diese Voraussetzungen zu schaffen. Es scheint mir auch ein ungesunder Zustand zu sein, daß die tschechische Öffentlichkeit über die Verhältnisse unter der deutschen Bevölkerung vorwiegend durch Berichte der Grenzler-Organisationen orientiert wird. Man vergesse nicht, daß es sich dabei um Zweckorganisationen handelt, welche ganz bestimmte örtliche Erfolge erzielen wollen, die oft von den Deutschen als Schmälerung ihrer sozialen Positionen betrachtet werden. Man muß aber die Verhältnisse vom gesamtstaatlichen Interesse aus betrachten. Im vorigen Jahre war in der „Britomnost“ eine bemerkenswerte Anregung enthalten. Es war davon die Rede, daß sich die tschechischen Journalisten die Verhältnisse im Grenzgebiete näher ansehen sollten. Ich würde das für einen sehr wertvollen Versuch halten, aus der unfruchtbaren Diskussionsmethode gegenseitiger Vorwürfe oder einseitiger Klagen herauszukommen.

Vielleicht würde dann unsere sozialdemokratische Auffassung Bestätigung finden, daß es die wichtigste Maßnahme zum Schutze der Republik ist, den Arbeitslosen Brot zu geben, damit sie sich nicht den Faschisten um ein Stück Brot verkaufen.

Es geht aber nicht mehr um Einzelmaßnahmen. Die entscheidende Frage lautet: können sich die Nationen dieses Staates in gemeinsamer Arbeit neue Existenzgrundlagen aufbauen, oder soll sich dieses Ringen um neue Lebensgrundlagen als nationaler Existenzkampf mit allen zeitbedingten Verschärfungen abspielen? Die tschechoslowakische Demokratie braucht ein wirtschaftliches Aufbauprogramm, welches zugleich ein Programm des nationalen Friedens und der loyalen Zusammenarbeit der Völker sein muß.

Die sozialistische Sonderaufgabe

Die Gefahr einer fascistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei ist gering, solange die offen fascistischen Gruppen national gespalten sind und solange die Zusammenarbeit der Sozialisten der Entwicklung zum trotzen Faschismus einen festen Damm entgegenstellt.

tionen in der Landwirtschaft ein Erfordernis von 5,3 Millionen im Gewerbe gegenübersteht. Dabei gibt es Stände im Lande, die im Budget fast überhaupt nicht bedacht werden, z. B. der Arbeiterstand. Es wäre denn, daß man hierher den Aufwand für das Landesarbeitsamt im Betrage von 276.000 Ks rechnet, obwohl dieser Betrag ebenso sehr den Unternehmern dient, und eine Unterstützung von Angehörigen der Arbeiterklasse im Betrage von 144.000 Ks. Es werden also im ganzen für die Arbeiter 420.000 Ks ausgegeben, ein Betrag gegenüber den 42 Millionen des Kapitals Landwirtschaft. Wir verlangen also, daß allmählich in den nächsten Jahren das Budget des Landes auch in dem Sinne ins Gleichgewicht gebracht wird, daß die Erfordernisse des Arbeiter- und Gewerbestandes in ein richtiges Verhältnis zur Landwirtschaft gebracht werden. Erst dann werden wir sagen können, daß das Budget gerecht ist.

Nach Gen. Schuster sprach der Kommunist Schuber, der eine Lanze für die nationalsozialistische Partei und ihren Vertreter in der Landesvertretung brach. Es sprachen sodann noch Ing. Stöckel, der tschechische Gewerdeparteier Spáček, der tschechische Genosse Bojuar und der tschechische Nationalsozialist Láza. Der Nachmittag war einer Exkursion in die Bau- und Wohnungsausstellung vorbehalten.

Japan erbeutet einen Stützpunkt in Afrika

Der Korrespondent des „Daily Herald“ sendet seiner Zeitung aus Tokio eine Aufsehen erregende Meldung. Wie er berichtet, hat Japan in Abessinien, dem letzten großen afrikanischen Reich, das seine Selbständigkeit bewahren konnte, eine sensationelle Beute gemacht. Japan hat Land für Tausende von Einwanderern und neue Märkte für seine Händler erworben.

Vor einem Jahr kam eine japanische Kommission nach Abessinien, um neues Siedlungsland und Absatzmärkte für japanische Waren zu suchen. Heute sind alle japanischen Zeitungen voll von Einzelheiten über den Erfolg der Kommission.

Diese Nachricht trifft vor allem Großbritannien, Frankreich und Italien. Abessinien ist der Pufferstaat zwischen ausgedehnten Interessengebieten, die von den drei Nationen bewacht werden. Diese drei Länder haben zugleich umfangreiche Interessensphären in Abessinien selbst.

Japan hat jetzt alle drei Länder herausgefordert. Es wird bekannt, daß sich die japanische Kommission vom Ras Tafari, König der Könige und Kaiser von Äthiopien, nicht weniger als 1,6 Millionen Acres zum Baumwollanbau geeigneten, fruchtbaren Landes gesichert hat.

Dazu hat Japan das Alleinverticht erhalten, dort Opium anzubauen.

Eine japanische Auswandererorganisation wurde gegründet, um diese neuen Gebiete populär zu machen und bald wird sich ein Strom von Japanern westwärts wälzen.

Sicherlich sind auch in den tschechisch-bürgerlichen Parteien viele Hemmungen gegen ein fascistisches Experiment vorhanden, denn jeder einseitige Politiker weiß, daß ein fascistisches Regime, welches sich gegen die Arbeiterklasse und die nationalen Minderheiten richten würde, ein Scharfschild mit der Existenz des Staates wäre. Wer garantiert aber für die Befolgung des Bürgerrechts und der Agrarier? Für die deutschen Agrarier, deren Jüngling heute schon stark mit den Halbkolonialisten beugelt, wage ich diese Garantie nicht zu übernehmen. Auch wenn die tschechischen Bauern durch irgendeinen neuen Preissturz rebellisch gemacht werden, ist kaum zu erwarten, daß sich die republikanische Partei für das Staatswohl aufopfert. Man muß die demokratischen Elemente des Bürgerrechts dadurch unterfrühen, indem man ihnen die Ausschlußlosigkeit, ja die Unmöglichkeit eines fascistischen Experimentes täglich vor Augen führt.

Wir brauchen eine breite antifascistische Konzentration, welche alle sozialistischen Gewerkschaften, Jugend- und Turnvereine und sogar die Legionärvereinigungen umfaßt.

Der ganze fascistische Spul wird leichter zu überwinden sein, wenn im öffentlichen Leben eine unüberwindliche Gegenkraft in Erscheinung tritt. Eine große Verantwortung liegt bei den tschechischen Sozialisten. Ihr Anmarsch von der sozialistischen Front würde die Voraussetzungen einer antifascistischen Offensive zerstören. Entscheiden sich die tschechischen Sozialisten aber für eine Politik der antifascistischen Konzentration, dann wird die Tschechoslowakische Republik jeden fascistischen Angriff, ob er nun von innen oder von außen geführt wird, siegreich zurückzuschlagen.

Die Aufgabe der Deutschen

Das Legionärblatt „Moradni Svobozeni“ zitiert zustimmend den Vorschlag des Genossen J. J. auf Schaffung einer breiten demokratischen und antifascistischen Kampffront und schreibt: „Es ist notwendig hinzuzufügen, daß in dieser Konzentration des demokratischen Laagers die Deutschen auch ihre nationale und menschliche Aufgabe erfüllen würden. In der Zeit der siegreichen Gewalt obliegt es gerade den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen, jene Ideale zu verteidigen, welche durch eine vorübergehende Niederlage nicht untergehen können, die Ideale des Friedens, der Zusammenarbeit und Brüderlichkeit unter den Völkern dieser Republik und ganz Europas.“

Beamten-Suspendierungen

Prag, 11. Oktober. (Tsch. P.-B.) Die Disziplinarcommission des Justizministeriums entschied in ihrer Sitzung vom 10. Oktober über die Verurteilung in neuen Fällen von Gerichtsbeamten (von denen sieben bereits im Ruhestand sind), die der Mitgliedschaft, respektive der Tätigkeit in der deutschen nationalsozialistischen Partei beschuldigt werden. Alle neun Beamten wurden schuldig erkannt. Von sieben pensionierten Beamten wurden sechs mit dem Verlust aller sich aus dem Dienstverhältnisse ergebenden Rechte und aller Pensionsansprüche bestraft, während es beim siebenten bei einer bloßen Rüge verblieb, die bereits durch die erste Instanz aufgelegt worden ist, da es sich um einen Beamten handelte, der sich der Tragweite der Sache nicht bewußt, aus der Partei längst schon ausgetreten war und im übrigen in hervorragender Weise die Treue zum Staate erwiesen hatte. Von zwei aktiven Beamten wurde einer mit Dienstentlassung, der andere aber in Anbetracht der besonders erleichternden Umstände mit Veretzung in den dauernden Ruhestand mit um fünfzehn Prozent verringerten Pensionsbeträgen bestraft.

Kinderfreunde.

Arbeitereltern! Genossen und Genossinnen!
Eure Kinder wollen Licht, Freude und
Gemeinschaft! Kommt zu uns!



Herr Abg. Dr. Bacher, wohin führen Sie die Journalisten- Organisation?

Alle deutschen Berufsjournalisten in der
DDR gehören derzeit der „Reichsgewerks-
schaft deutscher Presse“ an; für uns
sozialdemokratische Redakteure, die wir selbstver-
ständlich vor allem freigewerkschaftlich
organisiert sind, stellt die Zugehörigkeit zur
„Reichsgewerkschaft“ eine Zwangsläufigkeit dar,
weil dormalen — dies zum Verständnis — an
diese Zugehörigkeit der Anspruch auf die Pen-
sionsrechte geknüpft ist.

Präsident der „Reichsgewerkschaft deutscher
Presse“ ist der deutschdemokratische Abgeordnete
und „Bohemia“-Redakteur Dr. Franz Bacher.
Es scheint nun, als ob in Teilen der über-
wältigend bürgerlich zusammengesetzten „Reichs-
gewerkschaft“ Tendenzen Kraft gewinnen, die die
Organisation und die Tatsache unserer Zugehörig-
keit dazu benützen wollen, unseren journalistischen
Kampf gegen die deutschbürgerliche Presse und ge-
gen deren Exponenten zu schwächen oder gar zu
„disqualifizieren“. Daß wir insbesondere in den
letzten Monaten die weitgehende Gleichschaltung
der sudetendeutschen Bürgerpresse mit Hitler-
deutschland immer wieder aufzeigten, daß wir als
Prototyp dieser freiwilligen Presse-Politisierung
hierzulande immer wieder die „Bohemia“ an-
sprachen und dort, wo es notat, auch mit ent-
sprechenden Vorträgen jener Männer aufwarteten,
die sich an dieser Gleichschaltung direkt oder in-
direkt mitschuldig machten — das alles scheint der
Führung der „Reichsgewerkschaft“ allmählich so
unangenehm geworden zu sein, daß sie wohl ver-
meint, diese Organisation könnte ein Mittel dazu
sein, bürgerlicher Politik insofern zu dienen, als
man uns auf gewissen Gebieten „entpolitisiert“,
d. h. unserer, von unserer Weltanschauung,
unserer sozialistischen Gesinnung und unserer Ver-
trauensstellung innerhalb der sozialdemokratischen
Partei bestimmten Kampf gegen die bürgerliche
Journalistik und ihre Wortführer einschränken
könnte.

Die näherliegende erste Erledigung dieser
Angelegenheit innerhalb der „Reichsgewerks-
schaft“ wurde uns unumgänglich gemacht: der Vor-
sitzende der „Reichsgewerkschaft“, Herr Dr. Franz
Bacher, hat die Tatsache, daß etliche „Beschwerden“
gegen die Haltung der sozialdemokratischen
Presse beim Organisationsvorstand anhängig ge-
macht wurden, dazu benützt, um zunächst in einer
„internen“ Besprechung einer von Bacher eigen-
mächtig bestimmten Reihe von Vorstandsmitglie-
dern die Art des gewünschten Vorgehens gegen
uns zu klären, zu welchem Zwecke der einzige
sozialdemokratische Vertreter im Vorstand, Genosse
Dr. Strauß, von dieser Sitzung ausgeschaltet
wurde; mit dem Programm, das diese statu-
tenwidrige und völlig undemokratisch
einberufene „Vorbesprechung“ ausarbeitete,
ging Herr Dr. Bacher dann erst in eine ordent-
liche Vorstandssitzung; als nach Bekanntgabe der
zu erlegenden Punkte durch Dr. Bacher Genosse
Dr. Strauß Aufklärung und Entschuldigung des
Vorgehens der bürgerlichen Vorstandsmitglieder
verlangte, beharrte Dr. Bacher darauf, daß er lei-
nen Verstoß begangen hätte, worauf unser Ver-
treter selbstverständlich die Sitzung verließ.

Also sagen wir hier, was zuerst doch zu sagen
gewesen wäre: wir sehen in der Haltung des Vor-
stands der „Reichsgewerkschaft“ einen undemo-
kratischen Uebergriß und protestieren
entschieden dagegen, daß die „Reichsgewerkschaft“
Anlauf nimmt, sich zu einem politischen Kampf-
werkzeug gegen die Sozialdemokratie oder deren
Journalisten mißbrauchen zu lassen. Wir pro-
testieren aber nicht nur gegen die Methoden,
für die uns Herr Dr. Franz Bacher verant-
wortlich ist und die den „Demokraten“ als Diktator
in der „Reichsgewerkschaft“ hinstellen, sondern
wir äußern auch schwere Bedenken gegen den
Inhalt der Verfügungen, die uns berühren.
Dabei denken wir vor allem an folgende
Tatsache:

Die ordentliche Vorstandssitzung hat, nach
dem Abgang des Genossen Dr. Strauß, eine
Kommission eingesetzt, die sich mit dem
„Material“ gegen unsere Presse beschäftigen soll,
darunter auch mit einem Fall Max Karg. Ge-
genstand der Untersuchung soll die Tatsache sein,
daß wir — wie unerhört! — die „Chiffre“
des Herrn Karg „aufgerissen“ haben,
d. h. einen von M. K. gezeichneten Artikel offen
— wie wir das wiederholt auch bei anderen
Journalisten tun — als Ergebnis eben des

Eine Katastrophe im Weltraum

Im Sternschnuppenschwarm fällt zur Erde / Die Erde in der Bahn eines Kometen

Montag, den 9. Oktober 1933 durchlief
unsere Erde die Bahn des Kometen Giacobini
Zinner, dessen Umlaufzeit sechseinhalb Jahre
dauert. Der Durchlauf der Bahn des Kometen
war von ungewöhnlich starken Sternschnuppen-
fällen begleitet. Nach vorläufigen Schätzungen
von Beobachtern der privaten Sternwarten in
Brandenburg an der Elbe wurde die Zahl der
Sternschnuppenschwärme auf 20.000 in der
Stunde geschätzt. In der Zeit, in welche die
Erscheinung sichtbar wurde, war in Böhmen der
Himmel größtenteils bewölkt und es war vielfach
nur möglich, die Erscheinung zwischen den
Wolkensehen zu beobachten. Die Erscheinung
dauerte wahrscheinlich nur kurze Zeit, denn in
den späteren Nachtstunden, als sich der Himmel
stellenweise aufhellte, fielen keine Sternschnup-
pen mehr.

Auch abends, den 10. Oktober, war der
Sternschnuppenschwarm nicht mehr besonders
groß und die Stefanksternwarte auf
dem Veititz jähle während dreier Stunden nur
35 Sternschnuppen. Auch beim letzten Durch-
laufen der Erde durch die Laufbahn des Kome-
ten Giacobini Zinner im Jahre 1926 wurden
stärkere Meteorfälle beobachtet; sie erreichten aber

Max Karg behandelten. Nun erscheint es uns
überhaupt von jeher als läppisch, in dem „Auf-
reißer der Chiffre“ etwas journalistisch nicht kor-
rektes erblicken zu sollen, da wir der Meinung
sind, das bloße Signieren eines Aufsatzes nur
mit den Anfangsbuchstaben des Schreibernamens
sei lediglich als eine journalistische Be-
scheideneheit aufzufassen, dergestalt, daß bei-
spielsweise Herr F. B., wenn er so zeichnet, ja
doch als Autor des betreffenden Artikels Herr
Dr. Bacher genannt wissen wolle. Auch Herr
Dr. Franz Bacher wird es nie gelingen uns eine
andere Auffassung über die Chiffre und ihre
„Aufreißung“ beizubringen. Aber daß wir das
Signum des M. K. verdeutlichen, daß wir Herrn
Max Karg offen nannten und anprangerten,
das gibt uns ja erst doppelt Recht! Es war
unsere demokratische Pflicht, gerade
auch im Falle des Karg immer wieder aufzuzei-
gen, wer den Geist des Dritten Reichs
über unsere Grenzen zu bringen veruchte! Und
nun etabliert sich die „Reichsgewerkschaft“ als
„standesmäßige“ Schutzherrin dieses Max Karg,
bevorzugt darüber, ob Kargs Rechte von uns an-
getastet wurden!

Wir glauben nicht, daß die „Reichsgewerks-
schaft“ auf diese Weise ihren eigenen Interessen
dient — von den Interessen der Demokratie
ganz zu schweigen. Herr Dr. Franz Bacher, der
deutschdemokratische Abgeordnete, mag einmal
einen Augenblick lang überlegen, ob es nicht
wenigstens jetzt, da die Folgen des Treibens der
Karg selbst der „Bohemia“ aufhämmern dürften,
Pflicht der „Reichsgewerkschaft“ und ihrer Füh-
rung wäre, den sozialdemokratischen Pressekampf
gegen alle Feinde der Demokratie zu verstehen,
nicht aber auch nur den Anschein zu erwecken, als
ob einem Max Karg noch nachträglich in der
„Reichsgewerkschaft“ eine Schutzherrin feiner
geblichen und wären sie wirklich gewesen, erst
recht unvermeidlichen gelegentlichen Tarnungs-
suche erstanden wäre! Wir wollen annehmen,
daß es auch unter den bürgerlichen Mitglie-
dern der „Reichsgewerkschaft“ doch etliche gebe,
die für Beseitigung sorgen. Traurig genug, daß
nicht vor allem Herr Dr. Bacher selber dafür
sorgt und gerade durch seine Handlungsweise
Bedenken darüber aufkommen läßt, wohin die
„Reichsgewerkschaft“ lerne, wenn ihre Führung
fortan nicht den Eindruck absoluter demokrati-
scher Absichten und Methoden erwecken sollte!

bei weitem nicht die Anzahl der heutigen Stern-
schnuppen.
Die Stefanksternwarte in Prag bittet zu-
fällige Beobachter, ihr Nachricht über die Zahl
der beobachteten Meteore und über die Zeit,
während welcher die Erscheinung zu sehen war,
zukommen zu lassen.

Moskau, 11. Oktober. (Zaf.) In der Nacht
zum 10. Oktober fielen in Penningrad vom gan-
zen Nachthimmel, insbesondere, aber in den
Sternbildern Lyra, Pegasus und Schwan Stern-
schnuppen. Diese Sternschnuppen fielen in Grup-
pen zu fünf und sechs pro Sekunde. Diese Er-
scheinungen waren vollkommen unerwartet auf-
getreten und die Astronomen waren darauf über-
haupt nicht vorbereitet. Der Sternschnuppenfall
dauerte zwar nicht lange, doch war er äußerst
dicht: Um 23 Uhr nachts fielen in der Minute
etwa dreihundert Meteoriten. Das Observatorium
zu Pulkowo organisierte sofort Beobachtungen
und es wird angenommen, daß diese Stern-
schnuppen im Zusammenhang mit dem von dem
italienischen Astronomen Giacobini im Jahre
1900 entdeckten Kometen stehen.

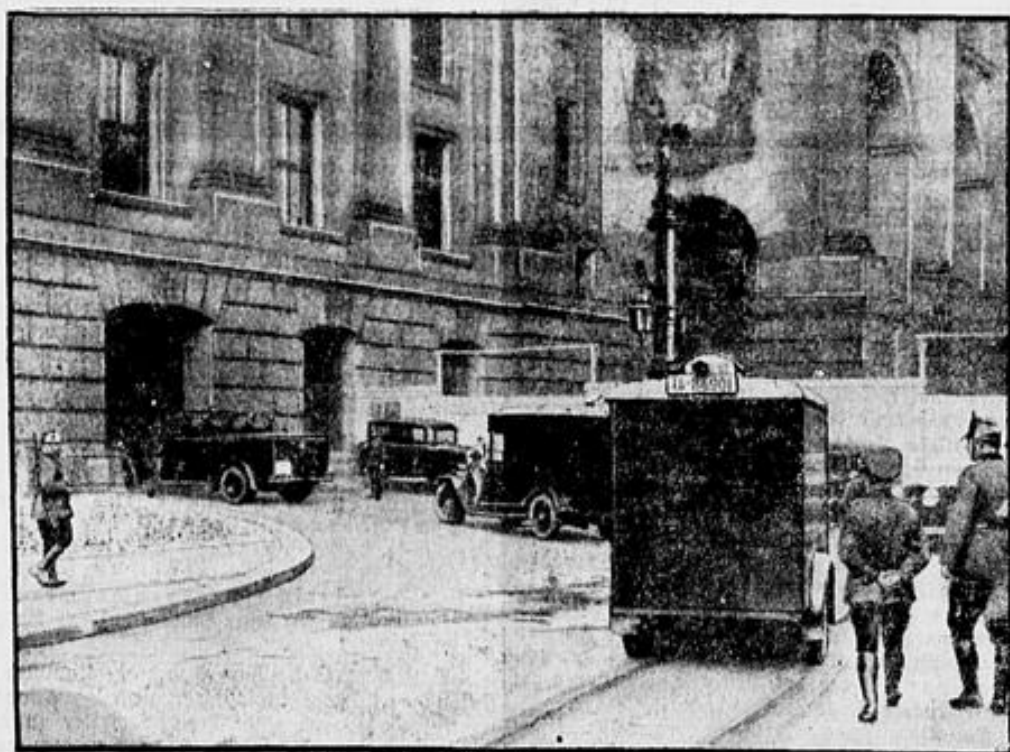
Tagesneuigkeiten

Spatentkreuzflugzeug in Tachau gelandet.

Am 10. Oktober, zwischen 14 und 15 Uhr,
kreiste ein reichsdeutsches Flugzeug über Tachau,
das hierauf auf den Militärübungsplatz nächst
den Wilhelmshof niederging. Es handelt sich
um die Junkersmaschine D — 2039. Der Pilot
und sein Begleiter gaben an, daß sie von
Frankfurt über Nürnberg nach Bay-
reuth fliegen wollten, die Richtung ver-
loren, so daß sie zum Zwecke der Orientierung
niedergehen mußten. Das Militär war rasch zur
Stelle und sperrte den Platz ab. Die herbei-
geeilte Gendarmerie nahm die Personalien auf
und beschlagnahmte das mitgeführte Gepäck und
die Karten. Die beiden Flieger wurden dann in
die Kaserne gebracht, wo mit ihnen ein Protokoll
aufgenommen wurde. Das Flugzeug steht bis zur
behördlichen Entscheidung unter militärischer
Bewachung.

Verhaftung eines Mörders in Südböhmen.

Böhmisches-Budweis, 11. Oktober. Am 11. Sep-
tember 1933 brach in die Kirche der Hl. Jungfrau
Maria in Linz in Österreich ein unbekannter
Täter ein, der auf der Flucht den Kirchendiener
Franz Baumbauer durch Revolvergeschüsse ver-
letzte. Am nächsten Tage erlag Baumbauer den
schweren Verwundungen. Der Tat verdächtig war
der 35 Jahre alte Franz Biermayer, ein Berufs-
verbrecher, der nach Reiterichlog, Gerichtsbezirk
Kapitz, zuständig ist. Biermayer ist bereits vier-
undzwanzigmal gerichtlich abgestraft und ein be-
kannter Kirchenräuber. Die österreichischen Sicher-
heitsbehörden bezeichneten gemeinsam mit der
tschechoslowakischen Grenzschutz Biermayer als
den Mörder an dem Kirchendiener Baumbauer
und es wurden beiderseits sofort die eingehendsten
Nachforschungen nach dem Mörder eingeleitet.
Biermayer, der sich meistens an der tschecho-
slowakisch-österreichischen Grenze aufhält, ist auch
eines Raubmordes in Tusch im Gebiet von
Böhmisches-Arummun verdächtig. Er wurde bei
Hohenfurth in Südböhmen verhaftet und dem
Kreisgericht Böhmisches-Budweis überstellt.



Die Prozeßkomödie nun im Reichstag.

Die Gefangenen und die Prozeß-Akten werden unter Polizeibewachung in das Reichstags-
gebäude gebracht.

Zusammenstoß zwischen Motorwagen und Lastauto.

Prag, 11. Oktober. Am 11. Oktober d. J.
stieß der Motorzug 3712, der Prag-Břifonbáň-
hof um 15 Uhr 30 verläßt und nach Dobruška fährt,
auf der Strecke Bránil-Mošany auf einem
ungeschützten, aber beschilderten Uebergang mit
einem beladenen Lastauto der Firma Spohoda
zusammen. Sechs Personen wurden leicht ver-
letzt und sogleich ärztlich behandelt. Die verletzten
Personen setzten ihre Reise fort.

19 Menschen durch Erdbeben erschüttert

Tegucigalpa (Honduras), 11. Oktober. (Reu-
ter.) In dem Dorfe Apolopi wurden 19 Personen
lebend von niedergebenden Erdmassen verschüttet.
Der Erdstöß erfolgte nach einem Wirbelwinde
und einem Wolkenbruch, von dem die Umgebung
dieses Dorfes heimgesucht wurde. Die Unwetter-
katastrophen hatten zur Folge, daß einige Teile
von Honduras unter Wasser gesetzt wurden, wobei
viele Personen und Vieh ums Leben
kamen.

Eine Katete fliegt in die Luft.

Zwei Tote.

Osabrück, 11. Oktober. Im Laboratorium
des Kalkenforschers Tiling in Arensfort bei
Bohmitz (Kreis Wittlage) explodierte Dienstag
nachmittags während eines Versuches eine Katete.
Tiling, seine Sekretärin Angelika Buddenböhmer
und sein Monteur Auhr erlitten so schwere
Brandwunden, daß sie ins Krankenhaus nach
Osabrück übergeführt werden mußten, wo Tiling
und die Sekretärin ihren Verletzungen erlagen.
Der Monteur ist außer Lebensgefahr. Tiling, der
sich auf dem Gute des Freiherrn von Lieberburg
in Arensfort eingerichtet hatte, ist wiederholt
mit seinen flugzeugähnlichen Kalketen vor die
Öffentlichkeit getreten, u. a. in Berlin, in Osna-
brück und auf Wangeroog.

Ueberbotener Weltrekord.

Wynndham (West-Australien), 11. Oktober.
(Reuter.) Der Flieger Kommodore Sir Charles
Kingsford Smith ist gestern um 17 Uhr 12 Minu-
ten Ortszeit hier gelandet, womit er seinen
Rekordflug aus England nach Australien in sieben
Tagen, vier Stunden und 47 Minuten absolvierte.
Kingsford hat also den Weltrekord des Englan-
ders Scott vom Jahre 1932, der 8 Tage, 20
Stunden und 47 Minuten betrug, überboten.

Tod bei der Arbeit.

Rom, 11. Oktober. In einer Ledestickerie
in Terni ist einer der richtigen durch zwei Stoß-
werke reichende Kessel explodiert. Zwei Arbeiter
wurden vollständig verbrannt; aus den Trümmern
geborgen, ein weiterer erlag den schweren Brand-
wunden, drei andere wurden schwer verletzt.

Ein Flugzeug stürzt ab. Ein von New York
nach Chicago unterwegs befindliches Passagier-
flugzeug explodierte unweit von Cherterton in
der Luft und stürzte brennend in der Nähe einer
Farm auf die Erde nieder. Vier Passagiere, der
Flugzeugführer und sein Stellvertreter und die
Aufwärterin fanden den Tod.

Ein Priester von seinem Amtsbruder schwer
verwundet. In Jonesboro (Arkansas) geriet
der Baptistenpriester Crowley mit einem anderen
kirchlichen Funktionär der baptistischen Kirche in
einen religiösen Streit. Während des Konfliktes
zog Crowley einen Revolver hervor und ver-
letzte durch einen abgegebenen Schuß seinen
Kollegen schwer.

Archäologische Ausgrabungen in Pommern.
Aus Warschau wird uns geschrieben: Bei
den vom Polischen Institut in der Gemeinde
Jalno im Bezirke Tuchowo vorgenommenen
Ausgrabungen wurde unter den Ruinen eines
prähistorischen Dorfes aus der Steinzeit (etwa
5000 Jahre vor Christus), das zu jener Zeit von
Nordländern bewohnt war, eine wichtige archäo-
logische Entdeckung gemacht. Außerdem wurden
Spuren zweier anderer Dörfer aus dem 9. Jahr-
hundert unserer Epoche gefunden, die von Slaven,
den Vorgängern der Pommern bewohnt waren,
welche zu jener Zeit im Gebiet zwischen der
unteren Oder und der Weichsel angesiedelt
waren. Weiter wurde ein prähistorisches Grab
aus Granitquadern aufgefunden, das aus der
Eisenzeit stammt.

Der Hunde-Aufmarsch in Berlin. Zu dem
großen Aufmarsch der Hunde, der unter dem
Vorwand einer Sammlung für das Winterhilfs-
werk in Berlin stattfand, schreibt die „Times“,
daß es amüsante Szenen unter den Linden gab,
wo die Hundekolonnen in der Allee „marschier-
ten“, die sonst wichtigen Anlässen vorbehalten
wird... Die deutschen Hunde schienen in Fragen
der verschiedenen Rassen weniger empfindlich zu
sein, als zahlreiche ihrer Vorfänger. Der Tadel
habe nicht die Aufgabe erfüllt, die ihm als deut-
lichem Hund hätte zugewiesen sein müssen. Seine
Füße und sein Charakter eignen sich schlecht zum
„Marschieren“, und er habe sich darauf be-
schränkt, die französischen Pudel ohne Reid zu
betrachten, die die Geldstücke in die Sammel-
büchsen warfen, die man auf ihre Schnauze
gelegt habe...

Schwer mißhandelt. Ein Jude, namens
König, durch Naturalisation Südafrikaner,
wurde durch SA-Leute schwer verprügelt, weil
er die Nazifähne eines kleinen SA-Trupps nicht
erhielt. Der Polizeipräsident von Frankfurt hat
sich beim britischen Konsular entschuldigt und
zugefagt, zu versuchen, die Täter zu ermitteln.

Unterstützt die Lotterie der Arbeiterfürsorge!



Lose sind zu haben bei den Vertrauensleuten der verschiedenen Organisationen.

Bildungsarbeit

Die Aussiger Arbeiterschule im Herbst 1933

Zu den vorbildlichen Einrichtungen unserer Bildungsarbeit gehört seit Jahren die Aussiger Arbeiterschule, ein gemeinsames Werk aller proletarischen Organisationen in Stadt und Bezirk Aussig. Der Gedanke, die bildungsfähigen Genossen aus allen Zweigen der Arbeiterbewegung zusammenzuführen und gemeinsam zu schulen, hat sich bewährt, die Möglichkeit großzügigen Ausbaues der Schule war gegeben. In der richtigen Erkenntnis, daß gerade jetzt eine marxistische Bildungsarbeit, die Erziehung unserer Funktionäre zu marxistisch-dialektischem Denken nötiger denn je ist, haben der besonders hierfür eingesetzte Schulsausschuß und der P.M. Aussig in der Zeit der Krise das Schulungsprogramm keineswegs reduziert, vielmehr in Gemeinschaft mit der Zentralstelle für das Bildungswesen ein Programm aufgestellt, das den aktuellen Bedürfnissen unserer Arbeit angepaßt ist und durch seine Gliederung in vier Kurse auch alle Schichten der Bewegung erfassen soll. Es enthält einen Elementarkurs, einen Funktionär- und einen Spezialkurs, jeden mit acht Abenden, und in einer zweiten Etappe eine Funktionärschule mit fünf Abenden.

In dem Elementarkurs, der vor allem jüngere, für die Arbeit in den proletarischen Organisationen interessierte Genossen erfassen soll, werden folgende Themen behandelt werden:

1. Grundbegriffe der Wirtschaft.
2. Die marxistische Geschichtsauffassung.
3. Grundbegriffe der Politik.
4. Die Organisationen der Arbeiterklasse und ihre Aufgaben.
5. Der Klassenkampf.
6. Verfassung, Verwaltung und politische Parteien der C.S.R. 7. und 8. Abend: Die geschichtliche Entwicklung seit dem Weltkrieg.

Die bereits in früheren Jahren gesuchten und in Funktionen der Arbeiterbewegung tätigen Genossen sollen in dem zweiten Kurs (der ebenso wie der dritte mit dem ersten parallel läuft) mit den unmittelbar aktuellen Fragen unserer Politik vertraut gemacht werden. Die acht Abende bringen:

1. Die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Kriege.
2. Die weltpolitischen Probleme der Gegenwart.
3. Die sozialen Umschichtungen der Nachkriegsperiode.
4. Der Faschismus.
5. Politische Aktivierung des proletarischen Nachwuchs.
6. Sowjetrußland, der Bolschewismus und die Spaltung der Arbeiterklasse.
7. Die Sozialdemokratie, die Internationale, ihr Programm und ihre Politik.
8. Der politische Kampf der Sozialdemokratie.

Der Spezialkurs soll den in verantwortlichen und leitenden Stellen der Partei oder anderer proletarischer Bewegungen tätigen, marxistisch schon geschulten Genossen Gelegenheit zur freien Aussprache über wesentliche Probleme geben. Er bringt einleitend drei Vorträge über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Zwei Abende sind der Untersuchung der Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Kriege gewidmet, zwei weitere sollen der Diskussion über das Linzer Programm der S.P.D. und der letzte der Diskussion über ein sozialistisches Aktionsprogramm gewidmet sein.

Nach Weihnachten wird in fünf Veranstaltungen die Funktionärschule abgehalten werden, die einen größeren Kreis erfassen soll. Ihre Themen sind: Organisationsarbeit und Agitation in der Krise; Taktik und Strategie des Proletariats im Kampfe gegen den Faschismus; das Jugendproblem; Gewinnung der Frau und Aufgaben der Frauen in der Bewegung; die konkreten Aufgaben der Organisationen in Stadt und Bezirk Aussig.

Als Referenten wurden wie in den früheren Jahren zum guten Teil ortsanfässige Genossen, zum anderen auswärtige Vortragende (aus Prag und Bodenbach) herangezogen. Am 16. Oktober wird die Aussiger Arbeiterschule eröffnet. Wenn an der geistigen Ausrüstung der Partei im Kampfe mit dem Faschismus liegt — ohne welche alle materielle Rüstung illusorisch wäre — wird der Arbeiterschule bestes Gelingen wünschen und: Nachfolge in anderen Städten. Die Zentralstelle für das Bildungswesen hat das Aussiger Programm als Musterprogramm für größere Orte mit längeren Schulungsdauern erklärt.



MUTTI - KOMM DOCH ENDLICH - - - ALLE WARTEN!

Wie oft muß Vater mit den Kindern am Sonntag auf Sie warten, weil Sie mit dem Geschirrabwaschen noch nicht fertig sind. Das ändert sich, wenn Sie VIM zu Hilfe nehmen. VIM löst das Fett, weil es stark seifenhaltig ist. Deshalb wird mit VIM diese unangenehme Arbeit leichter und schneller fertig!



die Putzfrau in der Dose

Wirtschaftskrise und Krankenversicherung

Die sechste Generalversammlung der Internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankentassen und Hilfsvereine

Die im Jahre 1927 errichtete Internationale Zentralstelle von Verbänden der Krankentassen und Hilfsvereine hielt in den Tagen vom 27. bis 30. September im Palais de la Mutualité ihre Jahresversammlung ab. An ihr nahmen 150 Vertreter der angeschlossenen Verbände teil, die sich auf 15 Staaten Europas verteilen. Insgesamt waren 40 Verbände vertreten, die rund 30 Millionen Versicherte umfassen. Nicht mehr vertreten war Deutschland, dessen Hauptverband der Ortskrankentassen mit zu den Gründern der Internationalen Zentralstelle für Krankentassenverbände gehörte. Die neuen Nachbarn Deutschlands haben gleich in den ersten Märztagen dieses Jahres die gewählten Vorstände der Krankentassenverbände und Krankentassen beauftragt, alle Verbände zusammenzulegen und sofort auch die Beziehungen zur Internationalen Zentralstelle der Krankentassenverbände abgebrochen.

In seiner Eröffnungstede stellt der Vorsitzende der Zentralstelle diesen Tatbestand in wenigen Worten fest und hob anerkennend die wertvolle Mitwirkung des ehemaligen Deutschen Hauptverbandes der Ortskrankentassen beim Aufbau der Internationalen für die Krankenversicherung hervor. Diesen ehemaligen Mitarbeitern gehört die Sympathie der Versicherten aller Länder.

Außer den üblichen Berichten standen auf der Tagesordnung dieser Generalversammlung zwei wichtige Gegenstände: „Die Gestaltung des kassenärztlichen Dienstes“ und „Die Beteiligung der sozialen Rentenversicherung an der Gesundheitsfürsorge und am Ausbau der gesundheitlichen Einrichtungen“.

Den Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende des Internationalen Ausschusses, Senator Jauniaux (Brüssel) auf Grund von Erhebungen, die vom Sekretariate der Zentralstelle in den letzten Monaten vorgenommen worden sind.

Überall haben die Träger der Krankenversicherung unter der Wirtschaftskrise schwer zu leiden.

Die Anforderungen steigen, während die starke Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verringerung der Zahl der Beschäftigten eine starke Verminderung der Einnahmen herbeiführen. Trotzdem könne gesagt werden, daß der Gedanke der obligatorischen Krankenversicherung sich immer stärker durchsetzt. Der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden löste eine kurze Aussprache aus, an der aus der Tschechoslowakei die Abgeordneten Spatny und Schäfer teilnahmen. Abg. Spatny gab eine knappe Übersicht über den jetzigen Stand der Krankenversicherung in unserer Republik, während Abg. Schäfer sich vornehmlich mit den Schwierigkeiten beschäftigte, die den Verwaltungsstellen der Krankenversicherung von rechtspolitischer Seite gemacht werden. An der Debatte gegen die verantwortlichen Stellen in der

Krankenversicherung beteiligen sich unter kommunistischem Einfluß vielfach auch Gruppen aus den Reihen der Versicherten, die damit den Gegnern einer weiteren Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung in die Hände arbeiten. Dazu kommt noch, daß in den Kreisen der Unternehmer Bestrebungen bestehen, die Wirtschaftskrise durch eine Einschränkung der sogenannten sozialen Lasten zu heben.

Die Aussprache endete mit der Genehmigung eines Beschlusses, worin es heißt, daß sich die Generalversammlung entschieden zum Grundgedanken der Pflichtversicherung für die Arbeitnehmer aller Berufsstände bekennet. Die in den einzelnen Staaten bestehenden Gesetze gewähren nur ein Mindestmaß an wirtschaftlichem und gesundheitlichem Schutz, weshalb jede Einschränkung der wesentlichen Versicherungsleistungen schwere Gefahren mit sich bringen.

Gerade in Krisenzeiten, in denen die allgemeine Lebenshaltung herabgesetzt und die Widerstandsfähigkeit und die Kaufkraft der versicherten Bevölkerung vermindert sind, kommt der Sozialversicherung eine hervorragende Bedeutung zu.

Darum heißt es weiter in dem Beschluß, daß es notwendig sei, die arbeitslos gewordenen Versicherten in der Versicherung zu belassen.

Ueber die Gestaltung des kassenärztlichen Dienstes erstattete Abg. Dr. Leo Winter einen eingehenden Bericht. Als zweiter Berichterstatter behandelte Dr. Jelfso Sabn, Direktor der Sanitätsabteilung des jugoslawischen Zentralamtes für Arbeiterversicherung einige besondere Fragen des kassenärztlichen Dienstes. Für ein bestimmtes Arztsystem hat sich die Generalversammlung der Internationalen Zentralstelle der Krankentassenverbände nicht ausgesprochen. Sie hielt den Zeitpunkt noch nicht für geeignet, um genaue einheitliche Regeln für das Arztsystem aufzustellen.

Zur Beteiligung der Sozialrentenversicherung an der Gesundheitsfürsorge und am Ausbau der gesundheitlichen Einrichtungen sprach E. André. Dieser begründete einen Beschlus Antrag, der sich mit den Aufgaben der Sozialversicherungsträger hinsichtlich der Gesundheitspflege beschäftigt. Es wird darin insbesondere ausgesprochen, daß den Trägern der Sozialversicherung nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung unter anderem auch bei der Anlage ihres Vermögens eine selbständige Entscheidung zustehen solle. An der Aussprache über die vorgeschlagenen Anträge berichtete Abg. Tschannits aus Prag einiges über die Einrichtungen in den Krankenversicherungsanstalten der Tschechoslowakischen Republik. Mit der Renouveau des Ausschusses fand die Generalversammlung der Internationalen Krankenversicherung ihren Abschluß.

Die Bedienerin als Prinzessin.

Eine unwahrscheinliche Affäre. — Ein Druckereifaktor, der Gouverneur der jugoslawischen Nationalbank werden will. — 400 000 Kz verpulvert. Zwerchhellerküttelnde „Fürstenbriefe“.

Prag, 11. Oktober. Der für große Senatshandlungen bestimmte Saal im ersten Stock des neuen Kreisgerichtes hatte heute keinen ersten Prozeß, und zwar einen, der eine Menge Zuhörer angelockt hat. Vor dem Senat Svamberra hatte sich die 46jährige Bedienerin Marie Pina wegen schweren Betruges zu verantworten. Das Hauptopfer ist der 46jährige ehemalige Faktor der „Národní Politika“ Zivoj Ivanović. Züchtlung nach Geburt und Zuständigkeit, die durch Schuld der Angeklagten — und wohl auch durch eigene — nicht nur um sein Vermögen kam, sondern auch keine wohlbezahlte Stellung aufgegeben hat, die ihm ein festes Einkommen von 60.000 Kz sicherte. Der Fall klingt ganz unglaublich.

Ehe zu Dritt. Im Jahre 1926 lernte Ivanović die Angeklagte auf dem Benzelpark kennen und erfuhr von ihr, daß sie die Gattin des Postoffizials Sule sei und eine geborene Liner, Tochter eines reichen Großgrund- und Steinbruchbesizers. Das war freilich glatter Funde, doch erklärte die Pina, daß sie nur deshalb für verheiratet ausgegeben zu haben, weil Ivanović gleich am Anfang erklärt habe, er wüßte die Bekanntschaft einer verheirateten Frau. Das Verhältnis wurde schnell intim und 1929 gab die Pina ihre Stellung als Bedienerin, von der Ivanović freilich keine Ahnung hatte, auf und übersiedelte vollständig zu dem Ehepaar. Man lebte nun zu Dritt und

die Ehefrau des Ivanović hatte nichts gegen das offizielle Dreieck einzuwenden.

In dieser Zeit muß das Geld nur so geflossen sein. Wie die Pina behauptet, bestand der Angeklagte darauf, daß sie die große Dame spiele und wendete ihr freiwillig große Summen zu. Ivanović erklärte freilich, daß er dies nur deshalb getan habe, weil sie ihm vorplagelte, daß ihr Vater — der „Großgrundbesitzer“ — ihn, Ivanović, adoptieren und alle seine großen Reichthümer übertragen werde. Die reichhaltige Pina ließ sich durch Geschenke aller Art, die teils von seinem Geld bezahlt, teils auf seinen Namen bestellt, aber nicht bezahlt wurden, wodurch an 70.000 Kz Schulden bei Geschäftskonten aufliefen, welche letztere wohl das Nachsehen haben dürften, weil eben keiner der Beteiligten mehr Geld hat, um diese Schulden zu tilgen. Die Pina behauptet aber, selbst feinerer Gewinn gehabt zu haben.

Ihre Verpflegungen bestritt die Pina durch Vorlage von

gingierten Briefen ihres gar nicht existierenden grundbesitzenden Herrn Papak, die sie dem Ivanović ohne Ruver präsentiert und in denen alle ihre Erfindungen bestätigt wurden. Ivanović beantwortete sie auf demselben Wege, indem er keine Antwortschreiben der Pina zur Befriedigung übergab. Er finanzierte auch dem vermeintlichen Vater die „Einrichtung einer Fabrik“ u. dgl. m., alles natürlich zu Gunsten der Angeklagten. Die förmliche Korrespondenz dauerte jahrelang, bis endlich die Frau Ivanović doch Argwohn schöpfte und in die anscheinliche Heimat der Pina reiste, wo sie natürlich erfuhr, daß ein „Großgrundbesitzer Liner“ nicht existiere. Man sollte nun glauben, daß damit das Spiel zu Ende gewesen sei. Aber nein — der argungener Teil der Tragödie kam erst. Frau Ivanović rückte die Pina mit der „Entbaltung“ heraus, sie sei eigentlich keine geringere als

Marie Antoinette, Prinzessin zu Liechtenstein, Tochter des Fürsten Alois aus erster Ehe, die infolge von Familienverhältnissen sich von ihrem hochadeligen Geschlecht getrennt habe. Ivanović werde bei der Sache nicht schlacht abschnitten. Sie sei eine gute Bekannte des jugoslawischen Königs Alexander, der Königin, des Ministers Benek, des ehemaligen Ministerpräsidenten Svobla usw. Er werde nicht nur aus der Erbchaft nach dem kaiserlichen Vater reich bedacht werden, sondern ihr Freund, der König werde den Druckereifaktor Ivanović zum Gouverneur der jugoslawischen Nationalbank ernennen. Und das alles wurde von dem herein-

gelegten fest geglaubt, so fest geglaubt, daß er seine gutbezahlte Stellung aufgab und sich zur Reise nach Belgrad rüstete. Sein Geld war inzwischen zum Teufel gegangen. Er schenkt sich so fest in die Vorstellung von der vornehmen Herkunft seiner Geliebten hineingelebt zu haben, daß er ihr noch bei der Konfrontation beim Untersuchungsrichter ins Gesicht sagte: „Du bist die Prinzessin Liechtenstein und willst mich bloß um das Erbteil bringen.“ So scheint auch die Angabe der Pina, daß Ivanović selbst sie zur Uebernahme der Prinzessinnenrolle gedrängt habe, wobei sie beifügte, er leide an Größenwahn, nicht ganz unwahrscheinlich. Zu erwähnen ist, daß die Angeklagte, die übrigens keine sonderlich respektable Person ist, in verschiedenen reichen Häusern gedient und dabei Erfahrungen gesammelt hat, die ihr jetzt trefflich zustatten kamen.

Als der Vorsitzende dem Zeugen kopfschüttelnd vorhielt, wie er nur all diesen haarsträubenden Unsinn habe glauben können und ob er denn ne verblüfft habe, sich die Angaben der Pina an zuständiger Stelle beglaubigen zu lassen, verwies Ivanović wiederum auf

„Briefe der hochadeligen Verwandtschaft“ an seine Geliebte, die natürlich ganz wie vorher von ihr gefälscht waren. Diese „Fürstenbriefe“ sind auf billigem Papier geschrieben und wimmeln detour von Stil- und Schreibfehlern und vulgären Redewendungen, daß es unfahbar erscheint, wie ein normaler Mensch in diese Falle gehen konnte.

Stürme von Heiterkeit, durch sein Mahnwort des Vorsitzenden zu bändigen, brauchten bei Vorlesung dieser Briefschaften durch den Saal. Ganz in der Sprache der Porzellan- und in entsprechender Rechtschreibung läßt die Pina da eine angebliche fürstliche Tante schreiben (in der Uebersetzung kann Ausdruck und Rechtschreibung nur angeeignet werden): „... als läßen dich alle Liechtensteinischen Mannsbilder ...“ — „... kann sein, daß du schon Sonntag in der Zeitung bist als Gouverneur von dieser Pank!“ — „da lieg ich jetzt am Hofma, wie ein Verreiter!“ — „... Schick bald Geld, denn der Alois will seiner Frau Wirtschaftsgeld geben und sie ist ein schreckliches Weibskind!“ — „Der Alois“ ist der angebliche fürstliche Vater! — „... dürfen wir halt nicht vergessen, nächsten Sonntag zwei Beutel Goldstücke einzupacken.“ usw. usw. Und das alles hat Zivoj Ivanović für bare Münze genommen!

Die Verhandlung endete nach fünfzünftiger Dauer damit, daß die Angeklagte schuldig erkannt und zu zwei Jahren schweren und verschärften Kerker verurteilt wurde.

Genossen! Tragt bei jeder Gelegenheit eure Parteiabzeichen!

Für den Herrn mit gutem Geschmack: - elegante Halbschuhe neuesten Schnitts.

Modifarben: dunkelbraun oder schwarz. Erstklassiges Material - tadellose Ausführung. Jedes Paar ist mit Spezial-Schuhstreckern ausgestattet. —

„GENTLEMAN“-Florsocken Kz 6.-

Rata

B.-143



Kz 99.-

Ich habe kein Wort gesprochen

Skizze von B. Natish.

Als der Sohn auch am zweiten Tag nicht nach Hause kam und die Mutter vor Sorge und Aufregung nicht essen und nicht schlafen konnte, entschloß der Vater sich, ihn als vermißt zu melden.

Der diensttuende Beamte war weder überrascht noch teilnehmend. Vielleicht waren in diesen Wochen die Vermittlungsdienste keine Seltenheit, vielleicht hatte er kein Recht, menschliche Teilnahme zu zeigen. Er stellte nur seine Fragen.

Nein, Selbstmord kam bei dem Sohn nicht in Frage. Ein Unfall? Vielleicht, aber er hatte seine Straßenbahnkarte mit Bild und Adresse bei sich. Wenn er in ein Krankenhaus oder sonstwo eingeliefert worden wäre, hätte man die Familie benachrichtigt. Nein, er hat sich nie politisch betätigt. So kommen sie dem näher, was der Vater befürchtet: und der Beamte anzunehmen scheint, er vertritt es besonders durch diese Frage: „Sag Ihr Sohn sehr jüdisch aus?“ Der Vater zuckt etwas zusammen. Nicht, weil die Frage keine Rasse betrifft, sondern weil sie seine Befürchtung bestärkt. Und aufrichtig zu antworten, fragt er zurück: „Sagen Sie, Herr Wachmeister, sind Sie orientiert über das, was in den SA-Kasernen geschieht?“ Diesmal antwortet der Beamte nicht. Er nimmt den Akt, erhebt sich von seinem Stuhl und entläßt den Vater mit der Bemerkung: „Ich leite die Nachforschungen ein.“

Fünf Tage schleppen sich hin. Der Sohn bleibt verschollen. Fünf Tage! Ein klobiger Wurm, der mit dem Tagesrauschen aus seinem Loch kriecht und den Tag der Mutter zermagt. Ein grauiger Wurm, der von Tag zu Tag dicker, abscheulicher und schleppender wird. Und die Nächte sind voll Halluzinationen und ohne Schlaf. Fünf Tage zerfressen das Dasein einer Familie wie Säure Dede und Fisch. Fünf solcher Tage lassen den Vater der Mutter antworten, weil er mit seinen zitternden Händen sie nicht noch mehr ängstigen will, sie zwingen die Mutter, sich vor dem Vater zu verbergen, damit ihre Rot ihn nicht unbrauchbar mache für die Arbeit.

Und dann: Wenn der Mann einem Trupp Nazi begegnet, so muß er vor der Fahne den Hut ziehen. Dann verwandelt sich sein Schmerz in Wut und Verzweiflung. Eines Tages wird er den Hut nicht abnehmen vor dieser Fahne. Er wird ihn fest aufbehalten. Er wird „Mörder!“ schreien und dieses Tuch und die braunen Lumpen anspucken. Er fühlt, das wird ihm eines Tages passieren! Er wird nicht anders können. Und er zittert schon heute davor. Denn das ist Selbstmord.

Am sechsten Tag morgens um fünf Uhr schellt zweimal zögernd die Glocke. „Ruf!“ schreit die Mutter und reißt den Vater mit aus dem Bett. Sie öffnen die Tür und der Sohn fällt ihnen wie ein Sad entgegen und drückt die Mutter mit zu Boden. Langsam und mit Hilfe des Vaters erhebt er sich wieder und schlüpft sich zur Chaiselongue. So liegt er schlaff und regungslos; die Haare sind ihm fast heruntergeschoren, verkümmerte Schrammen ziehen sich kreuz und quer über seinen Schädel. Die Augen sind tief in die Höhlen gesunken. Die Wadenknochen stehen scharf wie bei einem Toten hervor. Das Gesicht ist ganz zerfallen. Sein rechter Arm hängt auf den Fußboden hinab. Als der Vater ihn heraufhebt, sieht er, daß die Fingernägel blau und blutig unterlaufen sind, ebenso an der linken Hand. Das Jackett, der Pullover und das Hemd sind voller Flecken eingetrockneter Blutes. Aber außer ein paar blauen Stellen, die von Tritten, und einigen dünnen Striemen, die von Peitschenhieben herrühren mögen, finden sie keine Verletzung an ihm. Er ist nur unbeschreiblich schmutzig. Er schläft. Nicht einmal während sie ihn wachen wird er wach. So schläft er zwei Tage und zwei Nächte. Nur manchmal schreit er, ohne zu erwachen, wie aus gräßlichen Schmerzen auf und wirft sich und häumt sich. Aber die Mutter beherzigt sich in ihrer neuen Sorge und weckt ihn nicht. Der Arzt wird kommen, sobald der Sohn die Augen aufschlägt.

Der Arzt kam und fand den Sohn gesünder, als er nach den Schilderungen des Vaters erwartet hatte. Außer den wenigen äußerlichen Verletzungen, von denen die gequälten Fingernägel das schlimmste waren, konnte er nichts feststellen, höchstens noch, daß der Sohn wohl seit mehr als drei oder vier Tagen nichts gegessen und nichts getrunken hatte.

Er war gesund. Bis auf dies eine: er sprach nicht. Alles was er sagte, war, daß er auf die Frage, ob er die Sprache verloren habe, mit Nein antwortete. Sonst hielt er den Blick starr auf den Fußboden oder zum Fenster hinaus auf irgendeinen Punkt an der Wand gerichtet und schweig, als höre er keine Frage. Kein Wort, nur ab und zu einmal ein Zucken der Lippen.

So riet der Arzt der Mutter schließlich, man müsse ihm Zeit lassen und ihn durch kein Wort an das erinnern, was er erlebt habe.

Der Sohn ah und erhobte sich. Nur: er sprach nicht. Es kamen Freunde zu ihm. Er spielte Schach mit ihnen. Aber er spielte un-

möglich, verwirrt und falsch. Er sprach nicht das einfachste Wort. Manchmal zog er sich an, um auszugehen. Er ging bis zur Korridortür. Dort stand er eine Weile, als überlege er etwas. Dann wandte er sich gequält um, hing Hut und Mantel an die Wand und ging ins Zimmer zurück. Acht Tage sah oder stand oder ging er so und sprach kein Wort. Sein Gesicht war wie eine Maske. Er schien ohne Empfinden für seine Umgebung, ohne Teilnahme, er schien ohne jedes Daseinsbewußtsein.

Eines Tages fand ihn die Mutter so: er lag in der Ecke, das Gesicht zur Wand gelehrt, mit einem Buch, das er falsch herum in der Hand hielt und auf das seine Tränen wie ein Regen herabfielen. Die Mutter, im Glauben, jetzt löse sich endlich die Spannung, die ihn am Sprechen gehindert hatte, streichelte ihm den Kopf und sagte ein zärtliches Wort. Da schrie er auf: „Ich darf nicht sprechen!“ und verfiel in einen Weinkrampf, aus dem ihn erst der Arzt mit einer Injektion erlöste.

Am anderen Tag sah er starr wie immer zum Küchenfenster hinaus. Plötzlich schrie er: „Die Nazi holen mich schon wieder!“ Die Mutter sah auf den Hof hinab: es waren die Müllfahnen. Der Sohn aber raste durch die Küche, den Korridor entlang ins Zimmer und schrie, daß sich seine Stimme überschlug: „Ich habe nichts gesagt! Ich habe kein Wort gesprochen! Mama flieh! Flieh! Mama! Aber ich habe kein Wort gesprochen! Dann klirrten die Scheiben eines zer schlagenen Fensters . . .

Am Rande des Gehsteiges stehen Bäume. Vor der Nummer 21 streckt eine Linde ihre Zweige bis über die Fenster des zweiten Stockwerkes hinaus. Und die Linde singt den Stürzenden auf. Die Feuerwehr holte ihn von dort herunter. Die Spritze des Arztes beruhigte ihn und der Rettungswagen brachte ihn ins Irrenhaus. Dort starb er still und ruhig am vierten Tag nach seiner Entlieferung.

PRAGER ZEITUNG.

Kunst und Wissen

Abonnement 1933/34. Abonnements-Anmeldungen nur noch ganz kurze Zeit. Einige gute Plätze aller Kategorien noch vorhanden. Annahmestaglich vormittags an der Tageskasse. Galerieplätze schon ab Kz 3.90, Parkettplätze ab Kz 14.20. Ertrag der bereits gezielten Vorstellungen!

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, halb 8 Uhr: „Mantel, Hut und Handschuhe“ (C 1). — Freitag, halb 8 Uhr: „Die Zauberflöte“ (D 2). — Samstag, halb 8 Uhr: „Diaboli“ (a. A.).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 8 Uhr: „Bezauberndes Fräulein“. — Freitag, 8 Uhr: „Fenja Schöller“ (Kulturverbandsfreunde). — Samstag, 8 Uhr: „Bezauberndes Fräulein“.

Sport * Spiel * Körperpflege

Der internationale Arbeiter-Rad- und Kraftfahrersport lebt!

Vor kurzem fand in Wien eine Tagung des internationalen Fachausschusses für Rad- und Motorsport der I.A.Z. statt. Bei der Tagung fehlten die Vertreter des deutschen Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität“, der mit seinen 350.000 Mitgliedern die größte Radfahrervereinigung der Erde war. Das Hauptgewicht der internationalen Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbewegung liegt nun in der Tschechoslowakei und in Österreich, wo es noch zwei große Massenorganisationen gibt. Die Verbände dieser beiden Länder werden es nun als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, zwischen den kleineren Landesverbänden und den zahlreichen Unterverbänden, die sich mit dem Radfahrersport beschäftigen, eine möglichst enge Verbindung herzustellen. Der Fachausschuss wird sich bemühen, den ziemlich großen Schweizer Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund zum Eintritt in die Arbeiter-Rad- und Kraftfahrervereinigung zu bewegen. Auch die tschechischen Arbeiter-Radfahrer sollen direkt der I.A.Z. angeschlossen werden. Bemerkenswert ist es, daß es bei den belgischen und französischen Arbeiter-Radfahrern für den Rennsport offiziell eine Einteilung in Berufsfahrer, Unabhängige, Junioren und Rentlinge gibt, was offenbar auf die besondere Entwicklung des Rennsportes in diesen Ländern zurückzuführen ist. Die internationalen Wettbewerbsbestimmungen für Rennfahren und für den Seilradsport wurden in einigen Punkten geändert. Man wird trachten, die Zahl der internationalen Wettläufe noch Möglichkeit zu steigern. Wie schon andere Fachausschüsse, sprach auch der Radfahrerausschuss den Wunsch aus, daß die internationale zu manchen Länderwettläufen finanzielle Zuschüsse leisten möge. Im weiteren beschloß der Fachausschuss die Durchführung einer **Europameisterschaft im Zweier-Radball**. Der Ausschuss wird die Aufsicht über die Durchführung dieser Wettbewerbe übernehmen. Die Tagung bewies jedenfalls, daß auch die Arbeiter-Radfahrer entschlossen sind, weiterhin größte sportliche Aktivität zu entfalten und den Verlust, den das vorläufige Ausscheiden der deutschen Arbeiter-Radfahrer bedeutet, durch erhöhte Werbetätigkeit wettzumachen.

Die nächsten internationalen Veranstaltungen im Arbeitersport.

Der Sportbetrieb pflegt in den Herbstmonaten, bevor die Winterferien in Aktion treten, etwas abzuflauen, auch die Zahl der internationalen Wettläufe wird geringer. Für diesen Monat sind bisher nur zwei internationale Wettbewerbsveranstaltungen abgeschlossen. In Budapest veranstaltet am Sonntag, den 15. d. M., der I.A.Z. eine internationale Straßenrennenveranstaltung, an der Ungar und Wiener Ringer sowie Wiener Schmetter und Bombenjongleure teilnehmen werden. Am 22. d. M. tritt in Neutitschein der österreichische Bundesmeister im Zweier-Radball Friedrich Wenner gegen die Mannschaft des dortigen Arbeiter-Radfahrervereines an. Außerdem werden noch zwei Wiener Kunstfahrten aufzutreten. Es besteht auch die Möglichkeit, daß in Neutitschein noch ein Wettbewerb zwischen den zwei stärksten österreichischen Mannschaften ausgetragen wird. Die Verhandlungen bezüglich eines Startes von Schweizer Boyern in Wien sind noch nicht abgeschlossen.

Die **belgische Arbeiter-Rad- und Kraftfahrervereinigung** bringt fast jeden Sonntag für den einen oder anderen Klub Ueberholungen. So erlitt Avenir, der Meister für 1933, durch U.Z. eine 1:0-Niederlage. In der zu verzeichnen und die Führung inne. In der Abteilung Zentrum hat nur Bilborde drei Siege. Die Abteilung Ost ist die Spitze noch ungeklärt, hier liegen St. Gilles, Montevaux und Aleron mit je sechs Punkten beisammen. Die Gruppe Süd führt derzeit Hornu an. Die Abteilung West hat gleich zwei Ueberholungen zu verzeichnen: Mouscron schlug Ostende 5:0 und Genval hat überführt M. Genval gar mit 10:0. Die Nord-Gruppe brachte in ihren Spielen keine Veränderungen in der Führung.

Der österreichische Fußballmeister Attnang-Puchheim führte vor einiger Zeit eine Werbefahrt durch die westlichen Bundesländer durch. In Denbach spielten die Oberösterreicher gegen die erste Mannschaft 7:1:38 und gegen die zweite Mannschaft 8:21. In Innsbruck siegten sie über Innsbruck Ost-West 6:38, über Hall-Jenbach kombiniert 8:40 und über Innsbruck West 5:39. Auf der Rückfahrt blieben die Attnanger in Saalfelden mit 7:41 gegen die erste und mit 6:33 gegen die zweite Mannschaft siegreich. Diese Fahrt hat zur Förderung des Fußballspiels sehr viel beigetragen.

Der Film

Die Erde dürstet.

Auch das Glück über ein starkes, seltenes, nachhaltiges Erlebnis darf uns nicht hindern, die Einwände zu äußern, die nötig sind. In die Freude über die hinführenden, meisterhaften Bilder dieses russischen Films mischt sich der Jörn darüber, daß allem Anschein nach die plumpe Hand eines Jennings in das Gefüge dieses Kunstwerks eingegriffen, und seinen Aufbau empfindlich gestört hat. Wer den „Turkib“ und die „Erde“ gesehen hat, die ähnliche Themen mit ähnlichen Mitteln gelöstet, der weiß, wie dramatisch die russischen Regisseure einen solchen erlösenden, von heiligem, heldischem, schaffendem Glauben an die Notwendigkeit des Erdenglücks besetzten Arbeitsakt darzustellen wissen. Und man spürt es wie eine schmerzende Wunde, daß dieser neue russische Film in Aufbau und Risse in der Handlung hat. Und noch etwas spürt man bei aller Anerkennung der einfachen Größe, zu der sich der russische Film seit Jahren erhoben hat: daß

Einheitsfront der Jugend gegen den Faschismus

Die tschechischen und deutschen sozialistischen Jugendorganisationen und die Jugendgruppen der freien Gewerkschaften haben sich kürzlich in Prag zu einer

Kampfgemeinschaft

zusammengeschlossen. Wir betrachten diese Vereinigung als einen Markstein in der Entwicklung unserer Organisationen. — Unser Kampf gilt vor allem dem Faschismus. — Wir rufen die Jugend und alle Freunde der Jugend zur Teilnahme an unserer ersten Kundgebung auf, zum

Internationalen Jugendtag

der Mittwoch, den 18. Oktober (20 Uhr) in der Produktendörse stattfindet.

Parteilosen, beweist durch Eure Teilnahme Euer Interesse an einer starken sozialistischen Jugendbewegung!

Jugendgenossinnen und Genossen, werbet für einen Massenbesuch!

Sozialistische Jugend, Prag

die Lösung des Tonfilmproblems den Russen noch nicht gelungen ist, daß sie den Klang und die Sprache nicht mit der gleichen Meisterschaft ihren künstlerischen und kühneren Absichten dienstbar gemacht haben wie das bewegte Bild.

Das bewegte Bild — jedes mal, wenn wir einen Russenfilm sehen, ist es uns, als würde es in seiner Ueberzeugungskraft und in seiner schlichten Möglichkeit neu entdeckt. Das Eisenstein und Pudovkin begonnen haben, ist eine Schule von Meistern des Films geworden, und was der Regisseur Keisman in diesem neuen Film geschaffen hat, ist abermals — in seiner Wirklichkeitstreuen Einfachheit und in seiner entsetzten Lebendigkeit — ein Meisterwerk: der Sandsturm in der turkmenischen Steppe, die irre Duol eines Verdurftenden, das Bewegungsspiel eines rollenden Güterwagens der sieghafte Arbeitstakt erhörter Leiber, das jubelnde Schäumen der erlösenden Wassermaßen, die Freude eines Volkes über seine Rettung.

Das alles ist so fern von dem fahigen Operienglanz unserer schwächenden, kanzelnden und wipelnden Durchschnittrassie, daß es keine Vergleichsmöglichkeit zu geben scheint. Aber eine gibt es doch in diesem Film: eine kurze Szene jugendlicher Verliebtheit. Man muß die Unbefangenheit dieses Lächelns, die Ausgelassenheit dieses Tanzes, und das Gelächter gesehen haben, mit dem sich die Narrheit und die Schüchternheit selbst verpöten, um zu erkennen, wie leer und abgemacht der Singfang ist, mit dem uns die Rehrzahl der Filmproduzenten allabendlich Augen und Ohren fällt.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

23. 2. Heute, 8 Uhr. Genosse Karl Kern: „Der praktische Kampf gegen den Faschismus.“ Mittwoch, den 18. Oktober: Internationaler Jugendtag. Produktendörse. Erscheinen Pflicht. Karten bei den Funktionären. Freitag, den 20. Oktober, Generalversammlung. Erscheinen Pflicht. Legitimationen mitbringen!

Kleines nazistisches Botabularium.

- Was ist Heldentum? Wenn sich der gleichgeschaltete braune Adler hinter einem — Heulein versteckt!
- Was ist paradoz? Ein Nazi-Krebs, der im Schnellläufer-Tempo über die Grenze flüchtet!
- Was ist ein reinrassiger, kerndeutscher Mann? Einer, der die Verantwortung trägt und die Folgen immer anderen überläßt!
- Was ist ein Antidemokrat? Ein Mensch, der keine Skrupel hat, die Segnungen der Demokratie bis zum Weißbluten für sich auszunutzen!
- Was ist eine „Volkfront“? Eine Front der faschistischen Volksfeinde gegen das Volk!
- Was ist eine hervorragende nationalsozialistische Jugend? Die Treue, die man anhaltend bricht!
- Was ist ein Sterben in Schönheit? Etwas, was den Jung-Leuten bestimmt nicht gelungen ist! Niso.